

The SPD logo consists of a red square with the white letters 'SPD' inside. The background of the entire page is a dynamic, abstract composition of flowing, translucent red and orange ribbons that create a sense of movement and depth.

SPD

Zusammenhalt und Fortschritt.

SPD-Bezirk Hannover

Ordentlicher Bezirksparteitag | 10. und 11. Juni 2017 | Göttingen

ANTRÄGE

Stand: 22. Mai 2017

Inhaltsverzeichnis

Leitanträge	7
L-01 Zusammenhalt und Fortschritt <i>Annahme</i>	Bezirksvorstand 7
Arbeitspolitik	10
A-01 Rente als Lebensstandardsicherung <i>Annahme</i>	AfA SPD-Bezirk Hannover 10
A-02 Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit – jetzt! <i>Annahme</i>	SPD-Unterbezirk Region Hannover 10
A-03 Entgeltgleichheitsgesetz – jetzt! <i>Annahme</i>	SPD-Unterbezirk Region Hannover 11
A-04 Mehr Gleichberechtigung – Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern <i>Annahme</i>	SPD-Ortsverein Vahrenwald-List 12
A-05 Mitbestimmung <i>Annahme</i>	AfA SPD-Bezirk Hannover 14
A-06 Einführung einer Erwerbstätigenversicherung <i>Erledigt</i>	SPD-AG 60plus Bezirk Hannover 14
A-07 Arbeits- und sozialpolitisches Profil der SPD <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	AfA SPD-Bezirk Hannover 18
A-08 Ende der Diskriminierung Langzeitarbeitsloser im Mindestlohn <i>Annahme</i>	SPDqueer Bezirk Hannover 19
Bildungspolitik	21
B-01 Frühkindliche Bildung <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	SPD-Unterbezirk Schaumburg 21
B-02 Weiter auf dem Weg zur guten Schule <i>Überweisung als Material an die Landtagsfraktion</i>	SPD-Unterbezirk Schaumburg 22
B-03 Werte und Normen ab der ersten Klasse <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	AK Humanisten und Säkulare SPD-Bezirk Hannover 23
B-04 Für eine stabile und ausreichende Finanzierung des zweiten Bildungsweges <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	SPD-Unterbezirk Hildesheim 23
Finanzpolitik	25
F-01 Finanztransaktionssteuer <i>Erledigt</i>	AfA SPD-Bezirk Hannover 25

F-02	AfA SPD-Bezirk Hannover	
Schuldenbremse		
<i>Erledigt</i>		25
F-03	AfA SPD-Bezirk Hannover	
Steuergerechtigkeit		
<i>Erledigt</i>		25
F-04	SPD-Unterbezirk Diepholz	
Wiedereinführung der Vermögensteuer		
<i>Erledigt</i>		25

Gesundheit und Soziales 26

GS-01	SPD-AG 60plus Bezirk Hannover	
Die Zusammenführung von Krankenversicherung, Pflegeversicherung und medizinischer Rehabilitation unter dem Dach der GKV		
<i>Ablehnung</i>		26
GS-02	SPD-Unterbezirk Diepholz	
Kostenfreiheit der Ausbildung in den therapeutischen Berufen		
<i>Annahme</i>		30
GS-03	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg	
Mehr kassenärztliche Zulassungen für Psychotherapeut*innen		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		32
GS-04	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg	
Lebensmittelampel		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		33
GS-05	SPD-Unterbezirk Celle	
Defibrillatoren im öffentlichen Raum		
<i>Annahme</i>		33

Gesellschaft 35

Ge-01	AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover	
Wildtierhandel und Exotenhaltung sollen verboten werden		
<i>Überweisung als Material an die Bundestagsfraktion</i>		35
Ge-02	AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover	
Heimtiere sollen durch ein Heimtierschutzgesetz geschützt werden – Sachkundenachweis für Tierhalter		
<i>Ablehnung</i>		37
Ge-03	AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover	
Förderung tierversuchsfreier Medizin		
<i>Annahme</i>		38
Ge-04	AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover	
Haltungsvorschrift für Mastkaninchen		
<i>Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion</i>		39
Ge-05	AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover	
Artgerechte Haltung von Schweinen		
<i>Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion und die Bundestagsfraktion</i>		40
Ge-06	AK Humanisten und Säkulare SPD-Bezirk Hannover	
Ablösung von Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften		
<i>Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion</i>		43
Ge-07	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg	
Pelz auch als solchen einfach erkennbar kennzeichnen und bei den Hersteller entsprechende Kontrollen durchführen		
<i>Annahme</i>		43

Ge-08	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg	
Generelles Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen		
<i>Erledigt</i>		44
Ge-09	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg	
Kinderfreundliche Infrastruktur jenseits von Geschlechterstereotypen		
<i>Annahme</i>		45
Ge-10	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg	
Den Tag der Befreiung endlich feiern!		
<i>Annahme</i>		46
Ge-11	SPD-Unterbezirk Region Hannover	
Kirchenaustritte vereinfachen – Der Kirchenaustritt darf nicht mit einer Gebühr belegt werden		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		46
Internationales		47
I-01	AfA SPD-Bezirk Hannover	
TTIP, CETA, JEFTA und TiSA		
<i>Erledigt</i>		47
Kommunalpolitik		48
K-01	SPD-Unterbezirk Göttingen	
Der ländliche Raum braucht Unterstützung		
<i>Erledigt</i>		48
K-02	SPD-Unterbezirk Göttingen	
Der ländliche Raum braucht finanziellen Ausgleich für die ihm auferlegten raumordnerischen Festsetzungen		
<i>Erledigt</i>		50
K-03	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg	
Förderung der planvollen Innenentwicklung in kleineren und mittleren Städten und Gemeinden		
<i>Erledigt</i>		51
Organisationsfragen		52
O-01	SPD-Unterbezirk Hildesheim	
Awareness-Baustelle SPD oder auch Einmal Awareness für die SPD, bitte!		
<i>Weiterleitung als Material an den Bezirksvorstand</i>		52
Rechts- und Innenpolitik		54
R-01	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg	
Aufstockung des polizeilichen Personals zur verstärkten Überwachung des fließenden Verkehrs		
<i>Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion und die Bundestagsfraktion</i>		54
Umweltpolitik		55
U-01	SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg	
Kein Abschieben der Verantwortung für Altlasten aus ehemaligen Öl- und Bohrschlammgruben		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		55
Wirtschaftspolitik		56
W-01	SPD-Unterbezirk Schaumburg	
Für den trassennahen Ausbau in Schaumburg – Für den Erhalt der Natur und Lebensqualität		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		56
W-02	SPD-Unterbezirk Region Hannover	
Technologischen Wandel sozial gestalten		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		57

W-03	AfA SPD-Bezirk Hannover	
Öffentliche länderbezogene Berichterstattung (public country by country reporting)		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		58
W-04	AfA SPD-Bezirk Hannover	
Daseinsvorsorge – keine Privatisierung der Autobahnen		
<i>Annahme</i>		60
W-05	AfA SPD-Bezirk Hannover	
Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		60
W-06	AfA SPD-Bezirk Hannover	
Aufgaben aus der kommenden E-Mobilität auf kommunaler Ebene		
<i>Annahme</i>		61

Leitanträge

1 **L-01**2 **Bezirksvorstand**

3

4 **Zusammenhalt und Fortschritt**

5 Zur Bundestagswahl am 24. September 2017 und zur
6 Landtagswahl am 14. Januar 2018 tritt die SPD mit
7 Selbstbewusstsein und Zuversicht an. Sie ist selbstbe-
8 wusst, weil sie in der Bundesregierung und in der Lan-
9 desregierung wesentliche programmatische Anliegen
10 umsetzen konnte. Wir sind uns gewiss, dass wir vie-
11 les richtig gemacht haben, dass wir vieles zum Woh-
12 le der Menschen gegenüber unseren jeweiligen Koaliti-
13 onspartnerinnen durchgesetzt haben und dass wir auch
14 vieles von dem korrigieren konnten, wo vorherige Regie-
15 rungen (auch unter sozialdemokratischer Beteiligung)
16 unzulängliche Entscheidungen getroffen waren.

17 Für die kommenden Legislaturperioden stellen wir uns
18 jetzt den Wählerinnen und Wählern. Wir werben für ei-
19 ne starke SPD, wir werben für unsere Kandidatinnen
20 und Kandidaten in den Wahlkreisen und wir wollen,
21 dass Martin Schulz als Bundeskanzler und Stephan Weil
22 als Ministerpräsident an die Spitze der Regierungen tre-
23 ten beziehungsweise im Amt bestätigt werden.

24 Ausgangspunkt unseres Werbens ist unsere program-
25 matische Überzeugung. Als SPD-Bezirk Hannover stel-
26 len wir daran fünf Anforderungen zu den Themen, die
27 wir in den Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzung rü-
28 cken wollen:

29 **1. Welt im Umbruch – Stabilität und Zuversicht**

30 Der Blick in die Nachrichten lässt viele ratlos zurück. Un-
31 sere offene, freie Gesellschaft wirkt bedroht wie lange
32 nicht mehr. Wahlentscheidungen im In- und Ausland
33 lassen uns oft ein wenig ratlos zurück. Gerade als Re-
34 gierungspartei haben wir Verantwortung übernommen
35 und dazu beitragen, dass Deutschland eine starke De-
36 mokratie ist und sich als Anker der Stabilität erwiesen
37 hat. Für die kommenden Jahre braucht es jedoch mehr
38 Visionen, wie eine gerechte Welt aussehen soll.

39 Unser Bezugspunkt bleibt die europäische Einigung. Sie
40 ist das große Friedensprojekt für unseren Kontinent und
41 ein Beitrag zur Gestaltung der Globalisierung. Diese bei-
42 den Punkte müssen wieder erfahrbar werden. Europa
43 ist mehr als ein Binnenmarkt. In dieser Zeit braucht es
44 daher eine Persönlichkeit, die glaubwürdig für eine Er-
45 neuerung der Europäischen Union stehen und die zu-
46 gleich die Einigungsidee wieder stärker in den Vorder-
47 grund rücken.

48 Die SPD hat in Regierungsverantwortung dazu beige-
49 tragen, dass sich Deutschland nicht abschottet, son-
50 dern seinen internationalen Verpflichtungen nachge-
51 kommen ist. Wir haben als ehrlicher Makler versucht,
52 auf friedlichen Wege die internationalen Konfliktherde
53 beizulegen.

54 Wir brauchen eine sozialdemokratisch geführte Bun-

Annahme

1 desregierung, damit das Projekt der europäischen Eini-
2 gung als politische Vision Leitmotiv des Regierungshan-
3 delns wird. Martin Schulz, make Europe great again!

4 **2. Lebensläufe absichern**

5 Seit Mitte der 1970er Jahren war Massenarbeitslosigkeit
6 prägend für die wirtschaftliche Lage der Bundesrepu-
7 blik. Seit über zehn Jahren sinkt die Arbeitslosigkeit kon-
8 tinuierlich. Trotzdem ist es nicht gelungen, dass die Ver-
9 unsicherung großer gesellschaftlicher Gruppen kleiner
10 geworden wäre.

11 Die SPD hat in Regierungsverantwortung mit dem Bun-
12 desteilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen
13 Verbesserungen erreicht, damit ein selbstbestimmtes
14 und eigenverantwortliches Leben möglich wird. Wir ha-
15 ben mit dem Rentenpaket flexiblere Übergänge in den
16 Ruhestand ermöglicht und die Erwerbsminderungsren-
17 ten verbessert.

18 Wir brauchen eine sozialdemokratisch geführte
19 Bundes- und Landesregierung, damit der Sozialstaat die
20 unterschiedlichen Lebensentwürfe wirksam absichert.
21 Dazu gehört die Abschaffung des Ehegattensplittings
22 und seine Ersetzung durch ein Familiensplitting.

23 **3. Zeit für Familien**

24 Steigende Geburtenrate und eine wachsende Zahl von
25 älteren Menschen stellen die Generation der arbeiten-
26 den Mitte vor große Herausforderungen. Verlässliche
27 Kinderbetreuung, eine professionelle Pflegeinfrastruk-
28 tur und eine Entlastung für diejenigen, die sich um ihre
29 Angehörigen kümmern.

30 Die SPD hat in Regierungsverantwortung bereits das El-
31 terngeld flexibilisiert, um besser auf die unterschied-
32 lichen Lebensbedingungen einzugehen. Sie hat die
33 grundlegende Reform der Pflegeversicherung zur Ver-
34 besserung der Leistungen mitgetragen.

35 Wir brauchen eine sozialdemokratisch geführte
36 Bundes- und Landesregierung, damit eine Familienar-
37 beitszeit die Familien bei der Erziehung der Kinder und
38 der Pflege von Angehörigen entlastet und damit die
39 Elternbeiträge für den Besuch von Kindertagesstätten
40 Schritt für Schritt abgeschafft werden.

41 **4. Verantwortung für gutes Wohnen**

42 Vor allem in den Ballungsräumen ist der Wohnungs-
43 markt angespannt. Schließlich steigen in Zeiten nied-
44 riger Zinsen die Immobilienpreise und damit die Mie-
45 ten weiter an. Es fehlt in den wachsenden Gegenden
46 schon allein zahlenmäßig an ausreichendem Wohn-
47 raum. Deutschlandweit fehlen zudem Wohnungen für
48 die wachsende Zahl von Alleinstehenden, gerade im Al-
49 ter, und barrierearme Wohnungen.

50 Die SPD hat in Regierungsverantwortung die Mietpreis-
51 bremsen durchgesetzt und dafür gesorgt, dass die Ver-
52 mieter die Kosten der von ihnen beauftragten Makler
53 nicht mehr auf die Mieter abwälzen können.

54 Wir brauchen eine sozialdemokratisch geführte
55 Bundes- und Landesregierung, damit mehr erschwing-
56 liche Wohnraum gebaut wird. Mit Fördergeldern des
57 Bundes, mit der Wohnraumförderung des Landes und
58 mit Wohnungsbauunternehmen in kommunalem
59 Eigentum beweist die SPD, wie sie einen Beitrag zur

- 1 öffentlichen Daseinsvorsorge leistet.
- 2 **5. Gute Arbeit, gute Löhne, guter Sozialstaat**
- 3 Arbeit ist der Schlüssel des gesellschaftlichen Wohl-
- 4 stands. Mit der Zurverfügungstellung der Arbeitsleis-
- 5 tung erzielen die meisten Menschen das Einkommen
- 6 für sich und ihre Familien. Darauf stützen sich die so-
- 7 zialen Sicherungsinstrumente. Gerade deswegen ist es
- 8 wichtig, dass die Löhne auskömmlich sind und die Ar-
- 9 beit sicher ist.
- 10 Die SPD hat in Regierungsverantwortung den Mindest-
- 11 lohn durchgesetzt.
- 12 Wir brauchen eine sozialdemokratisch geführte Bun-
- 13 desregierung, damit die sachgrundlose Befristung ab-
- 14 geschafft wird und Leiharbeiter bereits nach sechs Mo-
- 15 naten den gleichen Lohn wie die Stammbesellschaft er-
- 16 hält.
- 17 **6. Faire Steuern, solide Finanzen, handlungsfähiges Ge-**
- 18 **meinwesen**
- 19 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Schere bei Einkom-
- 20 men und Vermögen nicht weiter auseinandergeht. Des-
- 21 halb wollen wir bei der Einkommensteuer kleine und
- 22 mittlere Einkommen entlasten (Anhebung Grundfrei-
- 23 betrag, Veränderung Progressionskurve und Verschie-
- 24 bung der Steuertarifeckwerte) und sehr große Einkom-
- 25 men stärker heranziehen (Spitzensteuersatz auf 49 Pro-
- 26 zent erhöhen, Steuerprogression bis dorthin fortschrei-
- 27 ben) – hierfür ist der „Niedersachsen-Tarif“ ein Beitrag
- 28 für die weitere Debatte.
- 29 Entscheidend ist aber auch: Wir brauchen eine gerech-
- 30 tere Erbschaftssteuer, die leistungslos erworbene Groß-
- 31 vermögen stärker belastet.
- 32 Und wir wollen, dass Einkünfte aus Arbeit und Kapi-
- 33 tal endlich gleichgestellt werden. Kapitalerträge müs-
- 34 sen mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz be-
- 35 legt werden, die Abgeltungssteuer als Pauschalsteuer
- 36 (Flat-Tax) ist abzuschaffen.
- 37 Zudem kämpfen wir mit Nachdruck für die Einführung
- 38 einer Finanztransaktionssteuer.
- 39 In Summe wollen wir damit erreichen, dass bei ei-
- 40 ner weiterhin soliden Haushaltswirtschaft in Bund,
- 41 Ländern und Kommunen auch künftig Zukunftsinves-
- 42 titionen auf allen staatlichen Ebenen getätigt werden
- 43 können. So wollen wir ein handlungsfähiges Gemein-
- 44 wesen erhalten, das fit für die Zukunft ist.
- 45

Arbeitspolitik

1 **A-01**2 **AfA SPD-Bezirk Hannover**

3

4 **Rente als Lebensstandardsicherung**

5 Die SPD setzt sich für eine umlagefinanzierte, solidari-
6 sche gesetzliche Rente (GRV) als Hauptsäule der Alters-
7 vorsorge ein, die den Lebensstandard sichert und nicht
8 zur Grundsicherung verkommt.

9 Die SPD setzt sich für ein gesetzliches Rentenniveau
10 deutlich oberhalb von 50 Prozent ein, schafft die derzeit
11 wirksamen Abschlagsfaktoren ab und erhöht die Bei-
12 tragsbemessungsgrenze.

13 Die SPD führt eine Erwerbstätigenrente ein, in die alle
14 einzahlen und in der alle Einkommensarten berücksich-
15 tigt werden.

16 Die SPD schafft die Riesterrente ab – bei Vertrauens-
17 schutz für bestehende Verträge.

18

19 **Begründung**

20 Die Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt, die Auswei-
21 tung prekärer Arbeitsverhältnisse und gebrochene
22 Erwerbsbiographien katapultieren die Rente zu einer
23 Armutsvermeidungsmaßnahme: das ist nicht im Sinne
24 der Rente, sie ist ein Mittel zur Lebensstandardsiche-
25 rung.

26 Die betriebliche und private „Säule“ der Rentenversi-
27 cherung bringt nicht die erhofften Erfolge und sind kei-
28 ne Schwerpunkte einer zukünftigen Rentenreform.

Annahme

29 **A-02**30 **SPD-Unterbezirk Region Hannover**

31

32 **Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit – jetzt!**

33 Das Rückkehrrecht von einer Teilzeitbeschäftigung in
34 die Vollzeitarbeit muss gesetzlich klar geregelt sein.
35 Die Gesetzesinitiative der SPD-Bundestagsfraktion
36 muss daher mit Nachdruck in die jetzige und künftige
37 Regierung hineingetragen werden.

38

39 **Begründung**

40 Dass das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit eine
41 schon lange bestehende Forderung – ausgehend von
42 der ASF – für die SPD ist, ist darin begründet, dass
43 insbesondere Frauen von der Teilzeitfalle betroffen
44 sind und die Möglichkeit erhalten müssen, aus ihr
45 wieder herauszukommen, um bei Veränderung des
46 Lebensverlaufs wieder in eine Vollzeitbeschäftigung zu
47 gelangen.

48 Über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen – zum
49 großen Teil Mütter – arbeiten häufig unfreiwillig in Teil-
50 zeit. Dadurch ist in vielen Fällen weder die eigene Exis-
51 tenzsicherung noch die der Kinder gewährleistet. Teil-
52 zeitbeschäftigte arbeiten häufig unter ihrer Qualifika-
53 tion, werden schlechter bezahlt als Vollzeitkräfte, ha-
54 ben kaum Möglichkeiten zur betrieblichen oder über-

Annahme

1 betrieblichen Weiterbildung und werden beim berufli-
2 chen Aufstieg wegen ihrer Arbeitszeit kaum berücksich-
3 tigt. Dies führt am Ende eines Erwerbslebens in der Re-
4 gel zu nicht existenzsichernden Rentenansprüchen.
5 Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt im Bundes-
6 ministerium für Arbeit bereits vor, doch wird aufgrund
7 der CDU/CSU noch verhindert. Die SPD muss an diesem
8 Thema dranbleiben und dieser Forderung auch weiter-
9 hin nachkommen. Ebenso sieht es die Resolution der
10 Bundesarbeitsgemeinschaften „Zeit für mehr Gerech-
11 tigkeit“ für das kommende SPD-Regierungsprogramm
12 von 2017 bis 2021 vor. Der vorliegende Antrag soll die
13 SPD-Bundestagsfraktion weiterhin dazu bekräftigen,
14 an diesem Vorhaben festzuhalten und sich dafür einzu-
15 setzen, dass dieses Gesetz in Kraft tritt.

16 **A-03**
17 **SPD-Unterbezirk Region Hannover**

18
19 **Entgeltgleichheitsgesetz – jetzt!**
20 Das vorliegende Lohntransparenzgesetz im Deutschen
21 Bundestag soll zu einem Entgeltgleichheitsgesetz wei-
22 terentwickelt werden, in dem alle Beschäftigten erfasst
23 werden, verbindliche Kriterien für Prüfverfahren, ver-
24 bindliche Verfahren zur Herstellung der Entgeltgleich-
25 heit und zur Bewertung gleichwertiger Arbeit sowie ein
26 Verbandsklagerecht vorgesehen werden.
27 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich mit Nachdruck
28 dafür einsetzen, dass die entsprechende Geset-
29 zesinitiative in die jetzige und künftige Regierung
30 hineingetragen wird.

31
32 **Begründung**
33 Die SPD und vor allem die ASF kämpfen schon lange da-
34 für, dass die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche
35 Arbeit auch gesetzlich verankert wird. Jedes Jahr wird
36 erneut der Tag berechnet, an dem der Lohnunterschied
37 zwischen Frauen und Männern deutlich wird. In diesem
38 Jahr ist es der 18. März 2017. Durch verschiedene Maß-
39 nahmen kommen wir diesem Ziel zwar immer näher,
40 jedoch ist es notwendig und von allen Gewerkschaften
41 schon lange gefordert, den Equal Pay auf gesetzlicher
42 Grundlage in Deutschland zu etablieren.
43 In der neusten Resolution der Bundesarbeitsgemein-
44 schaften „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ werden dies und
45 noch mehr explizit gefordert für das kommende SPD-
46 Regierungsprogramm von 2017 – 2021.
47 Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt im Bundes-
48 ministerium für Arbeit und Soziales zwar vor, doch wird
49 er von der CDU/CSU noch blockiert. Die SPD muss an
50 dieser Forderung dranbleiben und nicht aufhören, sich
51 dafür einzusetzen, bis das Gesetz verabschiedet wird.

Annahme

1 **A-04**2 **SPD-Ortsverein Vahrenwald-List**

3

4 **Mehr Gleichberechtigung – Vereinbarkeit von Beruf**
5 **und Familie besser fördern**6 Alleinerziehende Eltern, insbesondere die Gruppe der
7 geschiedenen Mütter, sind in Deutschland finanziell
8 schlechter gestellt und befinden sich weiterhin beson-
9 ders häufig in Einkommensarmut. Diese Benachteiligung
10 entsteht z.B. durch die eingeschränkte Möglich-
11 keit zur Förderung der beruflichen Karriere, insbesonde-
12 re im Zusammenhang mit der Kindesbetreuung.13 Deswegen schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen
14 vor, welche zukünftig ermöglichen sollen, dass beide
15 Ehepartner*innen auch nach der Geburt der Kinder Voll-
16 zeit arbeiten können:

- 17 • Zunächst muss das Ehegattensplitting abgeschafft
18 werden. Stattdessen soll aus den erhöhten Steuer-
19 einnahmen das Elterngeld erhöht werden, um die
20 Familien unabhängig vom Verdienst der Ehepart-
21 ner*innen zu fördern. Nach dem Ende des Elterngel-
22 des, werden Eltern über eine gleichberechtigte
23 Steuerentlastung gefördert, die unabhängig ist von
24 der Art des Familienmodells.
- 25 • Es muss für eine vollumfängliche, ganztägige und
26 kostenlose Kinderbetreuung mit flexiblen Zeiten
27 gesorgt werden, die es beiden Eltern ermöglicht,
28 mit dem Ende des Elterngeldes, wieder Vollzeit
29 zu arbeiten. Die gesicherte Kinderbetreuung sollte
30 deshalb schon vor dem ersten Lebensjahr beginnen.
31 Kita- und Krippenplätze müssen deswegen noch
32 weit intensiver ausgebaut werden, als dies bisher in
33 Planung ist.
- 34 • Damit sowohl Männer und Frauen zu gleichen Teil-
35 en Elternzeit nehmen, sollte dies über das Elterngeld
36 subventioniert werden. Nur wenn beide Le-
37 benspartner*innen nacheinander und gleichviel El-
38 ternzeit nehmen, soll dieses zur vollen Höhe ausge-
39 zahlt werden.
- 40 • Um zu verhindern, dass der Mann, auch in ver-
41 gleichbaren Berufen der Besserverdienende ist, und
42 deswegen es finanziell sinnvoller ist, wenn die Frau
43 Elternzeit nimmt, muss endlich die Gehaltlücke
44 zwischen den Geschlechtern geschlossen werden
45 („Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“).
- 46 • Unternehmen die ihre Mitarbeiter*innen für das
47 beantragen von Elternzeit benachteiligen, werden
48 sanktioniert. Eine solche Benachteiligung kann bei
49 einer Behörde durch Geschädigte angezeigt wer-
50 den.

51 **Begründung**52 In keinem europäischen Land wird das traditionelle Fa-
53 milienbild sowie die traditionelle Ehe, in einem ver-
54 gleichbaren Maße staatlich gefördert, wie in der Bun-
55 desrepublik Deutschland. Dies hat nicht nur ideelle Fol-
56 gen, sondern ist außerdem mitverantwortlich dafür,
57 dass all jene, die diesem Modell nicht folgen, finanziell
58 bestraft und benachteiligt werden. Besonders betroffen**Annahme**

- 1 sind hierbei die Gruppe der Alleinerziehenden Eltern.
 2 Aus einer Monitor Studie von 2010 geht hervor, dass 19
 3 Prozent aller Familien mit Kindern, Alleinerziehenden
 4 sind. Hiervon sind weiterhin 58 Prozent geschieden.
 5 Aus dieser Studie geht weiterhin hervor, dass 39 Prozent
 6 der alleinerziehenden Eltern weniger als 1.300 Euro im
 7 Monat verdienen. Nur acht Prozent verdienen mehr als
 8 2.300 Euro.
 9 Fast die Hälfte verdient zwischen 1.300 bis 2.600 Euro.
 10 Weiterhin geht aus dieser Studie hervor, dass 30 Pro-
 11 zent auf zusätzliche Transferleistungen wie Arbeitslo-
 12 sengeld II oder Sozialhilfe angewiesen. Da 90 Prozent
 13 der Alleinerziehenden Mütter sind, zeigt sich das ins-
 14 besondere Frauen Gefahr laufen, in die Einkommensar-
 15 mut zu verfallen, sollte die Ehe scheitern.
 16 Diese bedauernswerte Lage wird durch den Staat aktiv
 17 gefördert:
- 18 • Durch das Ehegattensplitting werden die Gehälter
 19 der Ehepartner*innen zusammengerechnet, und
 20 daraufhin für die Berechnung der jeweiligen Steu-
 21 ern wieder hälftig geteilt. Dadurch entsteht ein
 22 enormes Steuerersparnis für verheiratete Paare,
 23 insbesondere wenn einer der Lebenspartner, meis-
 24 tens die Frau, nicht arbeitet. Es lohnt sich somit aus
 25 finanzieller Sicht mehr, wenn die Frau nicht arbei-
 26 tet und somit auch nicht vorsorgt für eine mögliche
 27 Zeit nach der Ehe.
 - 28 • Da das Angebot an frühzeitiger und ganztägiger
 29 Kinderbetreuung in Deutschland noch weit hinter
 30 dem europäischen Vergleich zurück ist, ist es oft-
 31 mals schwierig, Kind und Beruf zu vereinbaren. Es
 32 werden zwar immer mehr Kitas und Krippen ge-
 33 baut und auch Ganztagsangebote geschaffen, dies
 34 ist aber noch lange nicht ausreichend, um eine un-
 35 komplizierte Rückkehr in den Beruf nach der Geburt
 36 zu ermöglichen. Auch das Betreuungsgeld als Herd-
 37 prämie muss abgeschafft werden.
 - 38 • Obwohl die Möglichkeit besteht, dass beide Lebens-
 39 partner*innen Elternzeit nehmen können, tun dies
 40 immer noch hauptsächlich Frauen. 2015 haben 41,6
 41 Prozent der Frauen mit Kindern unter drei Jahren El-
 42 ternzeit genommen. Dem gegenüber standen nur
 43 2,5 Prozent der Männer. Bei Frauen mit Kindern un-
 44 ter sechs Jahren nahmen 24,1 Prozent Elternzeit.
 45 Dem gegenüber standen nur 1,5 der Männer. Dies
 46 hängt damit zusammen, dass es einerseits nicht
 47 vom Staat gefördert wird, gleichberechtigt Eltern-
 48 zeit zu nehmen und andererseits die Wirtschaft die-
 49 se benachteiligt. Nimmt man sich Elternzeit heißt
 50 dies zumeist, seine berufliche Karriere aufzugeben.
 51 Da außerdem, durch die ungleiche Entlohnung von
 52 Frauen und Männern, entscheiden sich die Famili-
 53 en aus finanzieller Sicht zumeist, dass der besser-
 54 verdienende, oftmals der Mann, arbeitet, während
 55 die Frau Elternzeit nimmt. Auch hiermit hängt es
 56 zusammen, dass insbesondere geschiedene Frauen
 57 später in die Einkommensarmut verfallen.
- 58 Quellen:
 59 Alleinerziehende in Deutschland – Lebenssituationen

- 1 und Lebenswirklichkeiten von Müttern und Kindern
2 <http://spdlink.de/a04> (PDF-Datei, knapp ein MB)

- 3 **A-05**
4 **AfA SPD-Bezirk Hannover**
5
6 **Mitbestimmung**
7 Wir fordern das Herabsetzen des Schwellenwertes für
8 die Drittelbeteiligung im Aufsichtsrat von 500 auf 100
9 Arbeitnehmer*innen.
10 Die SPD setzt sich für den Ausbau der Mitbestimmung
11 in hiesigen Betrieben und Verwaltungen ebenso wie in
12 internationalen Konzernen sowie für eine stärkere in-
13 stitutionalisierte Beteiligung von Arbeitnehmer*innen
14 in deutschen Unternehmen ein.
15

Annahme

- 16 **A-06**
17 **SPD-AG 60plus Bezirk Hannover**
18
19 **Einführung einer Erwerbstätigenversicherung**
20 Wir werden die gesetzliche Rentenversicherung zu
21 einer Erwerbstätigenversicherung erweitern. Dabei
22 werden wir schrittweise die Beitragsbasis auf Abgeord-
23 nete, Freiberufler und Selbständige und perspektivisch
24 auf Beamte erweitern. Auch die Versorgungswerke
25 wollen wir integrieren.
26
27 **Begründung**
28 Die SPD hat in der Großen Koalition viel für mehr
29 Rentengerechtigkeit erreicht:
30 • Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren
31 nutzt vor allem denjenigen, die lange ihren Beitrag
32 zur Rentenversicherung geleistet haben, denen es
33 aber schwerfällt bis 67 zu arbeiten.
34 • Mit der Mütterrente haben wir mehr Gerechtigkeit
35 für Mütter geschaffen, die Kinder vor 1992 zur Welt
36 gebracht haben, auch wenn wir dies gerne vollstän-
37 dig mit Steuermitteln finanziert hätten.
38 • Die Verbesserungen bei der Erwerbminderungsren-
39 te helfen denen, die aus gesundheitlichen Gründen
40 nicht mehr weiterarbeiten können und die oftmals
41 besonders von Altersarmut bedroht sind.
42 • Mit dem Mindestlohn und der Stärkung der Ta-
43 rifpartnerschaft haben wir auch auf dem Arbeits-
44 markt wichtige Schritte für eine bessere Rente ge-
45 tan. Trotz aller Erfolge brauchen wir weitere Ver-
46 besserungen unseres Rentensystems. Dabei sollten
47 uns folgende Ziele leiten:
48 • Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Wer in
49 Rente geht darf keine Angst haben, dabei sozial ab-
50 zusteigen und harte Einschnitte in seiner oder ihrer
51 Lebensführung hinnehmen zu müssen.
52 • Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der

Erledigt

Erledigt durch Annahme von A01.

- 1 Solidarität und der Parität folgen. Wir wollen eine
 2 Erwerbstätigenversicherung für alle, in der die Ver-
 3 sorgungswerke integriert und Abgeordnete, Freibe-
 4 rufler, Selbständige und perspektivisch auch Beam-
 5 te solidarisch einzahlen.
- 6 • Wer lange für geringes Geld gearbeitet hat, muss
 7 das Erarbeitete im Alter trotzdem behalten dürfen.
 8 Deswegen wollen wir eine Mindestrente die ohne
 9 Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird.
 - 10 • Die private Vorsorge als dritte Säule der Rentenver-
 11 sicherung hat die Erwartung, das sinkende Renten-
 12 niveau zu kompensieren, nicht erfüllt. Ihre Subven-
 13 tionierung aus Steuermitteln wollen wir bestands-
 14 sichernd auslaufen lassen.
 - 15 • Die Altersvorsorge muss sich flexibel den unter-
 16 schiedlichen Anforderungen verschiedener Bran-
 17 chen anpassen. Sie muss dabei sowohl kürzere oder
 18 längere Lebensarbeitszeiten in verschiedenen Beru-
 19 fen als auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsanfor-
 20 derungen berücksichtigen. Dabei sollte die Betriebs-
 21 rente eine wichtige Rolle spielen.
 - 22 • Auch im Rentensystem muss sich eine partner-
 23 schaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbs-
 24 arbeit positiv widerspiegeln. Die Rente muss unse-
 25 re moderne Vorstellung von Partnerschaftlichkeit in
 26 der Familie abbilden. Die Rentensituation von Frau-
 27 en muss besonders berücksichtigt werden. Frauen,
 28 die in der Vergangenheit die überwiegende Famili-
 29 enarbeit in einer Beziehung getragen haben, müs-
 30 sen diese anerkannt bekommen.
 - 31 • Die Rente muss sich flexibel den sich verändern-
 32 den Erwerbsbiographien anpassen. Wer berufsbe-
 33 dingt immer wieder Zeiten ohne Erwerbstätigkeit
 34 hat und zwischen abhängiger und selbständiger
 35 Beschäftigung wechselt, braucht trotzdem Sicher-
 36 heit für seine Versorgung im Alter.
 - 37 • Die Altersvorsorge muss transparenter und ver-
 38 ständlicher werden. Nur wer weiß, welche Ansprü-
 39 che er oder sie hat und wie er oder sie sich eine gute
 40 Rente sichern kann, ist auch in der Lage selber Ver-
 41 antwortung dafür zu übernehmen.
- 42 **1. Die gesetzliche Rentenversicherung – Lebensstan-**
 43 **dardsicherung in der ersten Säule**
- 44 Die solidarische gesetzliche Rente ist die wichtigste
 45 Säule unseres Rentensystems. Wir wollen Sie wieder
 46 stärken. Sie ist der Kern einer lebensstandardsichern-
 47 den Altersversorgung. Dieses zukunfts fest zu sichern,
 48 ist die Garantie für eine breite Akzeptanz der solidari-
 49 schen Finanzierung. Dabei ist die perspektivische Fest-
 50 legung des Rentenniveaus auf mindestens 50% wichtig
 51 aber nur ein Teil einer gerechten Rentenreform. Denn
 52 das Rentenniveau bezieht sich auf den so genannten
 53 Eckrentner (45 Jahre, Vollzeit, Durchschnittsverdienst),
 54 den es in der Realität nicht gibt.
- 55 Die Realität ist geprägt von immer mehr Wechseln zwi-
 56 schen selbständiger und abhängiger Beschäftigung und
 57 zwischen Zeiten der Familien- und der Erwerbsarbeit
 58 oder Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit. Deswe-
 59 gen brauchen wir eine lebensstandardsichernde Rente,

- 1 die sich diesen Anforderungen anpasst.
2 Die Rentenversicherung trägt auch Verantwortung für
3 das gesunde Erreichen des Renteneintrittsalters. Wir
4 wollen die Aufgaben der Prävention und Rehabilitation
5 weiter stärken.
6 Besonderen Handlungsbedarf gibt es bei den Erwerbs-
7 minderungsrenten, die schon heute einem hohen Ar-
8 mutsrisiko unterliegen. Die Erwerbsminderungsrente
9 liegt heute bei durchschnittlich 650€. Wir wollen die
10 Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen.
11 Zur besseren Absicherung von Menschen mit gebro-
12 chenen Erwerbsbiographien und insbesondere Frauen
13 und wollen wir einen Mindestbeitrag in der gesetz-
14 lichen Rente unabhängig von Erwerbstätigkeit. Den
15 Mindestbeitrag sollen alle zahlen, außer denjenigen,
16 die sich Ausbildung befinden. Mit dem Mindestbeitrag
17 muss mindestens Grundsicherungsniveau erreicht wer-
18 den. Perspektivisch macht ein Mindestrentenbeitrag
19 die Mindestrente überflüssig.
- 20 **2. Mindestrente – lange arbeiten muss sich lohnen,**
21 **auch bei geringem Einkommen**
22 Das Rentensystem kann nicht alles heilen, was in einer
23 Erwerbsbiographie schiefgelaufen ist. Wir halten am
24 Äquivalenzprinzip fest. Wer mehr einzahlt muss auch
25 mehr herausbekommen. Wer aber lange gearbeitet und
26 Beiträge gezahlt und dabei wenig verdient hat, der darf
27 nicht genauso behandelt werden, wie jemand der nie
28 oder kaum gearbeitet und Beiträge gezahlt hat. Mit ei-
29 ner Mindestrente oberhalb der Grundsicherung wollen
30 wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wer Mindestrente
31 bezieht muss keine Bedürftigkeitsprüfung fürchten.
32 Als wesentliches Kriterium gelten 40 Jahre Versiche-
33 rungszeit (rentenrechtliche Zeiten) und ein Rentenbe-
34 ginn mit regulärem Renteneintrittsalter.
- 35 **3. Riesterrente – private Vorsorge zukünftig ohne Steu-**
36 **ergeld**
37 Die Riesterrente hat ihre Erwartungen nicht erfüllt. Ins-
38 besondere Geringverdienende sollten von den Subven-
39 tionen profitieren. Doch gerade diese Zielgruppe hat
40 sich nicht in dem notwendigen Maße für Riesterren-
41 ten entschieden. Wir wollen daher die staatliche Förde-
42 rung und Subventionierung der privaten Rentenvorsor-
43 ge auslaufen lassen:
44 Die bisher abgeschlossenen Verträge genießen weiter
45 Bestandsschutz. Wer aber in Zukunft eine zusätzliche
46 private Altersversorgung abschließen möchte, muss auf
47 Steuersubventionen verzichten. Dafür wollen wir mit
48 den freiwerdenden Mitteln die Betriebsrenten fördern.
- 49 **4. Betriebliche Altersvorsorge – flächendeckend und**
50 **branchenspezifisch**
51 Die betriebliche Altersversorgung ist für uns die bes-
52 te zusätzliche Vorsorge für einen angemessenen Le-
53 bensstandard im Alter. Die aktuelle Ausgestaltung der
54 Betriebsrenten ist komplex und erreicht nicht diejeni-
55 gen, die ein zusätzliche Altersvorsorge dringend nötig
56 haben, nämlich Gering- und Niedrigverdienende. Wir
57 wollen daher eine flächendeckende, obligatorische Be-
58 triebsrente mit klarem und verbindlichem Gesetzesrah-
59 men und einem Vorrang für tarifliche Lösungen. Wir

1 wollen kollektive Lösungen, die Verwaltungskosten mi-
2 nimieren und die Portabilität bei Jobwechseln garantie-
3 ren.
4 Sie soll zum einen die gesetzliche Rente ergänzen. Zum
5 anderen wollen wir mit der betrieblichen Altersvorsorge
6 branchenspezifische Anforderungen (Altersteilzeit, Ab-
7 kaufen von Abschlägen, ...) tarifpartnerschaftlich um-
8 setzen. Unterschiedliche Branchen haben unterschied-
9 liche Belastungen und Anforderungen an einen Renten-
10 übergang. Wo keine Tarifpartner über die Betriebsren-
11 ten entscheiden, gelten starre gesetzliche Regelungen
12 und
13 Anforderungen. Zur Finanzierung können u.a. die vorge-
14 sehenen Mittel zur Förderung der Riester-Rente für die
15 betriebliche Altersvorsorge eingesetzt werden.
16 **5. Finanzierung – Solidarität in einer Erwerbstätigenver-**
17 **sicherung**
18 Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu ei-
19 ner Erwerbstätigenversicherung erweitern. Dabei wol-
20 len wir schrittweise die Beitragsbasis auf Abgeordne-
21 te, Freiberufler und Selbständige und perspektivisch auf
22 Beamte erweitern. Auch die Versorgungswerke wollen
23 wir integrieren.
24 Weitere Finanzierungsmöglichkeiten bestehen in der
25 Herausnahme und Steuerfinanzierung sämtlicher versie-
26 cherungsfremder Leistungen.
27 Darüber hinaus liegen weitere Finanzierungsmöglich-
28 keiten in der Erhöhung der Steuerfinanzierung und der
29 Anhebung des Beitragssatzes. Darüber hinaus wollen
30 wir prüfen, wie ein Ersatz der Beitragsbemessungs-
31 grenze durch eine Beitragsobergrenze verfassungskon-
32 form ausgestaltet werden kann ohne das daraus auf-
33 grund des Auszahlungs-Äquivalents höchste Leistungs-
34 ansprüche entstehen.
35 Eine gute lebensstandardsichernde Rente ist für die so-
36 ziale Sicherheit und das Vertrauen in den deutschen
37 Sozialstaat von immens hoher Bedeutung. Die Renten-
38 politik beschäftigt alte wie junge Menschen und muss
39 mit Sorgfalt und Klarheit beraten werden. Soziale Siche-
40 rungssysteme müssen sich immer wieder neu vor den
41 Herausforderungen der Zeit bewähren und sich wand-
42 elnden Verhältnissen anpassen und dabei verlässlich
43 bleiben.
44 Wir wollen dies mit einer solidarischen Erwerbstätigen-
45 versicherung und einer flexiblen und starken Betriebs-
46 rente erreichen, die sich der modernen Arbeitswelt an-
47 passen.

1 **A-07**

2 **AfA SPD-Bezirk Hannover**

3

4 **Arbeits- und sozialpolitisches Profil der SPD**

5 Die AfA im SPD-Bezirk Hannover schlägt dem Parteitag
6 vor, mit diesen drei Themen in den Bundestagswahl-
7 kampf zu gehen:

8 **Nachhaltiger Erhalt der Sozialversicherungen**

- 9 • Die „Eckrente“ darf nicht zur Grundsicherung ver-
10 kommen, sondern muss ein angemessenes Leben
11 im Alter ermöglichen
- 12 • Die Mindestrente muss erkennbar über der Grund-
13 sicherung liegen
- 14 • Die vollständige Wiederherstellung der Parität in al-
15 len Sozialversicherungen
- 16 • Die Krankenversicherung muss für alle sinnvollen
17 Maßnahmen aufkommen und darf nicht immer
18 mehr Kosten auf die Versicherten übertragen
- 19 • Die Finanzierung muss neben einem angemesse-
20 nen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt, auch durch
21 das Hinzuziehen möglichst aller Bürger*innen ver-
22 bessert werden

23 **Erhalt tariflich bezahlter Normalbeschäftigung**

- 24 • Die Abkehr von der massenhaften Leih- und Zeitar-
25 arbeit durch eine sehr strenge Reglementierung der
26 begründeten Befristung und das Abschaffen der
27 sachgrundlosen Befristung.
- 28 • Die Rückkehr aus der Teilzeit als ein Mittel, das Le-
29 ben neben der Arbeit zu ermöglichen
- 30 • Die individuelle Möglichkeit zur Weiterbildung für
31 jeden Beschäftigten, um auf die Anforderungen der
32 modernen Arbeit zu reagieren
- 33 • Die Stärkung der tariflichen Arbeit durch allgemein-
34 verbindliche Flächentarifverträge
- 35 • Die Gleichbehandlung und das Prinzip „Gleiches
36 Geld für gleiche Arbeit“ muss weitestgehend
37 durchgesetzt werden
- 38 • Die Subventionierung von Arbeitsverhältnissen un-
39 ter Dumpingbedingungen verhindern, indem wir
40 den Mindestlohn ausreichend erhöhen

41 **Steuergerechtigkeit und handlungsfähiger Staat**

- 42 • Die tatsächliche und effektive Verfolgung von Steu-
43 erflucht und Steuerhinterziehung muss wieder in
44 den Vordergrund treten
 - 45 • Die Praxis großer Unternehmen zur Steuervermei-
46 dung muss wirksam eingeschränkt werden
 - 47 • Die Erhöhung des Steueraufkommens durch das
48 Heranziehen sämtliches Einkommens und ggf.
49 auch Vermögens, um eine gleiche Lastenverteilung
50 zu erreichen
 - 51 • Die Lücken in der Gesetzgebung schließen, um
52 Steuervermeidung zu reduzieren
 - 53 • Die Steueroasen in- und außerhalb der EU müssen
54 vom Kapitalfluss getrennt werden
 - 55 • Die Arbeitnehmer*innen mit niedrigem Einkom-
56 men erhalten angemessene Steuerentlastungen
- 57 Um die weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhin-
58 dern, müssen wir die niedrigen Einkommen steuerlich

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Arbeits- und sozialpolitisches Profil der SPD

Die SPD muss ihr arbeits- und sozialpolitisches Profil
schärfen. Die nachfolgenden Themen müssen mit Nach-
druck in die jetzige und künftige Regierung hineingetra-
gen werden.

Nachhaltiger Erhalt der Sozialversicherungen

- Die „Eckrente“ darf nicht zur Grundsicherung ver-
kommen, sondern muss ein angemessenes Leben
im Alter ermöglichen
- Die Mindestrente muss erkennbar über der Grund-
sicherung liegen
- Die vollständige Wiederherstellung der Parität in al-
len Sozialversicherungen
- Die Krankenversicherung muss für alle sinnvollen
Maßnahmen aufkommen und darf nicht immer
mehr Kosten auf die Versicherten übertragen
- Die Finanzierung muss neben einem angemesse-
nen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt, auch durch
das Hinzuziehen möglichst aller Bürger*innen ver-
bessert werden

Erhalt tariflich bezahlter Normalbeschäftigung

- Die Abkehr von der massenhaften Leih- und Zeitar-
arbeit durch eine sehr strenge Reglementierung der
begründeten Befristung und das Abschaffen der
sachgrundlosen Befristung.
- Die Rückkehr aus der Teilzeit als ein Mittel, das Le-
ben neben der Arbeit zu ermöglichen
- Die individuelle Möglichkeit zur Weiterbildung für
jeden Beschäftigten, um auf die Anforderungen der
modernen Arbeit zu reagieren
- Die Stärkung der tariflichen Arbeit durch allgemein-
verbindliche Flächentarifverträge
- Die Gleichbehandlung und das Prinzip „Gleiches
Geld für gleiche Arbeit“ muss weitestgehend
durchgesetzt werden
- Die Subventionierung von Arbeitsverhältnissen un-
ter Dumpingbedingungen verhindern, indem wir
den Mindestlohn ausreichend erhöhen

Steuergerechtigkeit und handlungsfähiger Staat

- Die tatsächliche und effektive Verfolgung von Steu-
erflucht und Steuerhinterziehung muss wieder in
den Vordergrund treten
 - Die Praxis großer Unternehmen zur Steuervermei-
dung muss wirksam eingeschränkt werden
 - Die Erhöhung des Steueraufkommens durch das
Heranziehen sämtliches Einkommens und ggf.
auch Vermögens, um eine gleiche Lastenverteilung
zu erreichen
 - Die Lücken in der Gesetzgebung schließen, um
Steuervermeidung zu reduzieren
 - Die Steueroasen in- und außerhalb der EU müssen
vom Kapitalfluss getrennt werden
 - Die Arbeitnehmer*innen mit niedrigem Einkom-
men erhalten angemessene Steuerentlastungen
- Um die weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhin-
dern, müssen wir die niedrigen Einkommen steuerlich

1 und bei Gebühren entlasten. Sie müssen durch einen
 2 höheren Mindestlohn und durch allgemein geltende
 3 Tarifverträge unterstützt werden. Langzeitarbeitslose
 4 müssen durch Integrationsmaßnahmen und Fortbil-
 5 dung wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden.
 6 Unternehmen sowie große und größte Einkommen
 7 müssen sich spürbarer an der Finanzierung staatlicher
 8 Aufgaben beteiligen.
 9

lich und bei Gebühren entlasten. Sie müssen durch ei-
 nen höheren Mindestlohn und durch allgemein gelten-
 de Tarifverträge unterstützt werden. Langzeitarbeitslo-
 se müssen durch Integrationsmaßnahmen und Fortbil-
 dung wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Un-
 ternehmen sowie große und größte Einkommen müs-
 sen sich spürbarer an der Finanzierung staatlicher Auf-
 gaben beteiligen.

10 **A-08**
 11 **SPDqueer Bezirk Hannover**
 12
 13 **Ende der Diskriminierung Langzeitarbeitsloser im**
 14 **Mindestlohn**
 15 Der SPD-Bezirk Hannover fordert, dass der Mindestlohn
 16 auch für Langzeitarbeitslose gilt und diese nicht die
 17 ersten sechs Monate, nach Arbeitsaufnahme, vom
 18 Mindestlohn ausgeschlossen sind.
 19
 20 **Begründung**
 21 Langzeitarbeitslose (die seit mindestens einem Jahr
 22 bei der Bundesagentur für Arbeit bzw. im Jobcenter ar-
 23beitslos gemeldet sind) haben erst sechs Monate nach
 24 einer Arbeitsaufnahme das Recht auf den gesetzlichen
 25 Mindestlohn. Tarifliche Branchenmindestlöhne gelten
 26 jedoch auch sofort für Langzeitarbeitslose.
 27 Diese Regelung diskriminiert Langzeitarbeitslose. Be-
 28gründet wird diese Regelung auf ver-schiedenen Ebe-
 29nen damit, dass Langzeitarbeitslose erst wieder in
 30 die Arbeitsstrukturen inte-griert werden müssen, so-
 31 mit eventuell eine zusätzliche Belastung für Unter-
 32nehmen entstehen und diese damit vor einer Einstel-
 33lung von langzeitarbeitslose Menschen zurückschre-
 34cken. Aus Sicht der SPDqueer müssen neue Mitarbei-
 35terinnen und Mitarbeiter grundsätzlich immer die Un-
 36ternehmensstrukturen und -abläufe herangeführt wer-
 37den, egal ob diese vorab langzeitar-beitslos oder durch-
 38weg in Beschäftigung waren.
 39 Jedoch besteht für einen Arbeitgeber die Möglichkeit
 40 bei der Bundesagentur für Arbeit bzw. dem örtlich zu-
 41 ständigen Jobcenter einen Eingliederungszuschuss zu
 42 beantragen. Dieser kann u. a. gewährt, wenn die Ver-
 43mittlung aus Gründen, die in der Person der Arbeitneh-
 44merin bzw. des Arbeitnehmers liegen, erschwert wird.
 45 Gründe können unter anderem die Dauer oder Häufig-
 46keit der Arbeitslosigkeit sein.
 47 Arbeitgeber können somit für einen Langzeitarbeitslo-
 48sen bis zu 50 Prozent des zu berücksichtigen-des Ar-
 49beitsentgelts erhalten. Die Förderung kann für einen
 50 Zeitraum bis zu zwölf Monate erfolgen, unter besonde-
 51ren Umständen sogar bis zu 36 Monate.
 52 Mit dieser Regelung erkennt der Gesetzgeber durch-
 53aus an, dass die Einarbeitung von Lang-zeitarbeitslose,
 54 ggf. einen höheren Arbeitsaufwand verursacht, als die
 55 Einarbeitung von Menschen ohne Vermittlungshemm-
 56nisse. Arbeitgeber, die einen Eingliederungszuschuss

Annahme

1 beantra-gen, weil sie eine langzeitarbeitslose Person
2 einstellen, können somit einen Zuschuss zum Arbeits-
3 entgelt erhalten. Ihnen entstehen zwar höhere Kos-
4 ten, wenn sie mindestens den gesetzlichen Mindest-
5 lohn zahlen müssen, sie erhalten jedoch einen Teil er-
6 stattet und müssen somit nicht komplett den Mindest-
7 lohn eigenständig tragen.
8 Ein Ausschluss vom Mindestlohn für die Dauer von
9 sechs Monate ist somit nicht gerechtfertigt und diskri-
10 miniert langzeitarbeitslose Menschen.

Bildungspolitik

1 **B-01**2 **SPD-Unterbezirk Schaumburg**

3

4 **Frühkindliche Bildung**

5 Die SPD wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass
6 die frühkindliche Bildung bezahlbar und qualitätsvoll
7 ist. Dabei müssen die Kommunen, Gemeinden und
8 Landkreise von Bund und Land verstärkt finanziell un-
9 terstützt werden bei ihrem Bemühen.

10 In den letzten Jahren hat die rot-grüne Landesregierung
11 erhebliche finanzielle Mittel für die Verbesserung der
12 Qualität der frühkindlichen Bildung aufgewendet, nicht
13 zuletzt durch die dritte Kraft in den Krippen. Dieser Pro-
14 zess muss fortgesetzt werden.

15 Das bestehende Kindertagesstätten-Gesetz in Nieder-
16 sachsen ist in die Jahre gekommen und entspricht nicht
17 mehr den gesellschaftlichen, bildungs- und sozialpoliti-
18 schen Erfordernissen. Auch die berufsfachlichen Anfor-
19 derungen sind enorm gestiegen.

20 Ziele einer Neufassung des Gesetzes müssen dabei u.a.
21 sein:

- 22 • Schaffung von ausreichend Ausbildungsplätzen,
23 um die notwendigen pädagogischen Fachkräfte
24 einstellen zu können
- 25 • Entlastung der Kita-Leitungen bei den Verwal-
26 tungsaufgaben
- 27 • Gezielte Sprachförderung vor allem, aber nicht nur
28 für Kinder mit Migrationsgeschichte schon in den
29 Kitas
- 30 • Ein verbesserter Personalschlüssel für Kindergar-
31 tengruppen der drei- bis sechs-Jährigen

32 **Begründung**

33 Die stufenweise Befreiung der Eltern von den Kita-
34 Beiträgen für alle drei Jahre wird ausdrücklich begrüßt,
35 weil sie ein weiterer wichtiger Schritt zu einer beitrags-
36 freien Bildung ist.

37 Für Eltern und vor allem Alleinerziehende ist ein flexi-
38 bles und bedarfsgerechtes Angebot vor Ort zu schaffen,
39 kostenfrei und mit hoher Strukturqualität.

40 Frühkindliche Förderung und eine verlässliche und qua-
41 litätsvolle Betreuung von Kindern zwischen dem ersten
42 und sechsten Lebensjahr ist entscheidend für die weite-
43 re Entwicklung eines Kindes. Ein Kita-Besuch stärkt die
44 Bildungschancen jedes einzelnen Kindes und muss im
45 Sinne der Chancengleichheit allen Kindern unabhängig
46 vom Geldbeutel der Eltern ermöglicht werden.

47 Eines der Ziele für die nächste SPD-geführte Landes-
48 regierung muss die stufenweise Befreiung der Eltern
49 von den Kita-Beiträgen sein. Mit dieser sozialdemokra-
50 tischen Politik sind wir auf einem richtigen Weg, un-
51 eingeschränkte Chancengleichheit bei der Förderung
52 und Entwicklung unserer Kinder herzustellen. Die drit-
53 te Kraft in den Krippen, die vom Land finanziert wird,
54 bringt dabei genauso Rückenwind für die Aktivitäten
55 vor Ort, wie der personelle Ausbau der Ganztagschu-
56 len und die finanzielle und die inhaltliche Hilfe bei der
57 Umsetzung der Inklusion und dem Krippenausbau.

Annahme in der Fassung der Antragskommission**Frühkindliche Bildung**

Die SPD wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass
die frühkindliche Bildung bezahlbar und qualitätsvoll
ist. Dabei müssen die Kommunen, Gemeinden und
Landkreise von Bund und Land verstärkt finanziell un-
terstützt werden bei ihrem Bemühen.

Ziele müssen dabei sein:

- Schaffung von mehr schulischen und praktischen
Ausbildungskapazitäten, wobei eine Ausbildungs-
vergütung gezahlt werden soll, um die notwendi-
gen pädagogischen Fachkräfte einstellen zu kön-
nen
- Entlastung der Kita-Leitungen bei den Verwal-
tungsaufgaben
- Gezielte Sprachförderung
- Ein verbesserter Personalschlüssel

1 **B-02**

2 **SPD-Unterbezirk Schaumburg**

3

4 **Weiter auf dem Weg zur guten Schule**

5 Die SPD in Niedersachsen wird aufgefordert, sich auf
6 dem Weg zur guten Schule weiterhin für eine

- 7 • spürbare Senkung der Klassenfrequenzen in allen
- 8 Schulformen
- 9 • Lehramtsausbildung nach Schulstufen ohne finan-
- 10 zielle Abstriche
- 11 • Weitere Verbesserung der Ganztagsbetreuung an
- 12 allen Schulen
- 13 • Schulsozialarbeit als Landesaufgabe an allen Schul-
- 14 formen
- 15 • Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Bil-
- 16 dung – nicht nur über Fördermaßnahmen und da-
- 17 mit Aufweichung des Kooperationsverbotes
- 18 • Verbesserung der Inklusion durch multiprofessio-
- 19 nnelle Teams und entsprechende Koordinationszeit
- 20 • Prüfung weiterer Standorte für Oberstufen an Ge-
- 21 samtschulen in Schaumburg
- 22 • mittelfristig kostenfreie Schülerbeförderung auch
- 23 für Sek 2- Schüler/innen

24 einzusetzen.

25

26 **Begründung**

27 Neben einer verlässlichen Betreuung und mehr Inves-
28 titionen in die frühkindliche Bildung unserer Kinder
29 müssen wir entsprechend voll ausgestattete Ganz-
30 tagsschulen und schrittweise kleinere Klassen mit
31 einer verbesserten Schulqualität anstreben. Förder-
32 möglichkeiten und Freizeitangebote gehören ebenso
33 dazu wie eine unterstützende und die Kinder stärkende
34 Schulsozialarbeit. In den letzten Jahren ist bereits durch
35 die rot-grüne Landesregierung einiges auf den Weg
36 gebracht worden, wovon wir im Landkreis Schaumburg
37 profitiert haben, wie die erleichterte Anerkennung von
38 Gesamtschulen.

39 Der Landkreis Schaumburg und die Städte und Gemein-
40 den können als Schulträger nur im Rahmen ihrer Auf-
41 gaben dazu beitragen, unseren Kindern und Jugendli-
42 chen mit einem qualitativ hochwertigen Bildungs- und
43 Betreuungsangebot gute Zukunftschancen zu eröffnen.
44 Dazu gehört eine begabungsgerechte Förderung. Die
45 Rahmenbedingungen setzen jedoch Land und Bund.

46 Bildung ist die beste Investition in eine wirkungsvol-
47 le Beschäftigungspolitik. Gute Schulen und die bega-
48 bungsgerechte Förderung junger Menschen bilden so-
49 wohl die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Er-
50 werbsleben als auch für die Qualifikation von Arbeit-
51 nehmer/innen und Unternehmer/innen. Insofern ist
52 gute Bildung eine Grundvoraussetzung für den Erhalt
53 bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Überweisung als Material an die Landtagsfraktion

Weiter auf dem Weg zur guten Schule

Die SPD in Niedersachsen wird aufgefordert, sich auf
dem Weg zur guten Schule weiterhin für eine

- spürbare Senkung der Klassenfrequenzen in allen Schulformen
- Lehramtsausbildung nach Schulstufen ohne finanzielle Abstriche
- Weitere Verbesserung der Ganztagsbetreuung an allen Schulen
- Schulsozialarbeit als Landesaufgabe an allen Schulformen
- Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Bildung – nicht nur über Fördermaßnahmen und damit Aufweichung des Kooperationsverbotes
- Verbesserung der Inklusion durch multiprofessionelle Teams und entsprechende Koordinationszeit
- mittelfristig kostenfreie Schülerbeförderung auch für Sek 2- Schüler/innen

einzusetzen.

1 **B-03**

2 **AK Humanisten und Säkulare SPD-Bezirk Hannover**

3

4 **Werte und Normen ab der ersten Klasse**

5 Folgender Paragraph des Niedersächsischen Schulge-
6 setz soll wie folgt geändert werden:

7 §128 (1) Satz 3: Die Schule hat den Unterricht „Werte
8 und Normen“ als ordentliches Lehrfach vom 1. Schul-
9 jahrgang an einzurichten, wenn mindestens sieben
10 Schülerinnen oder Schüler zur Teilnahme verpflichtet
11 sind.

12

13 **Begründung**

14 Aktuell werden Schülerinnen und Schüler, welche nicht
15 am Religionsunterricht teilnehmen, auf andere Klassen
16 umverteilt. Um hier zu gewährleisten, dass es auch
17 einen NICHT religiösen Werte-Unterricht gibt, bietet es
18 sich an, den „Werte und Normen“-Unterricht schon zur
19 ersten Klasse anzubieten.

20 Zudem ist es sinnvoll, sich schon möglichst früh mit an-
21 deren Religionen, Kulturen und philosophischen Grund-
22 gedanken auseinanderzusetzen. Dieses baut Vorurteile
23 ab und sorgt für ein offenes Miteinander in der Gesell-
24 schaft.

25 Warum schon ab sieben Schülern und nicht erst wie bis-
26 her ab zwölf? Um gerade im ländlichen Raum auch da-
27 für zu sorgen, dass es ein alternatives Angebot gibt, ist
28 es notwendig, schon bei geringeren Schülerinnen- und
29 Schülerzahlen die Möglichkeit zu geben, einen „Werte
30 und Normen“-Unterricht anzubieten.

Annahme in der Fassung der Antragskommission

„Werte und Normen“-Unterricht ab der ersten Klasse

Folgender Paragraph des Niedersächsischen Schulge-
setz soll wie folgt geändert werden:

§128 (1) Satz 3: Die Schule hat den Unterricht „Werte und
Normen“ als ordentliches Lehrfach vom 1. Schuljahr-
gang an einzurichten, wenn mindestens zwölf Schüle-
rinnen oder Schüler zur Teilnahme verpflichtet sind.

31 **B-04**

32 **SPD-Unterbezirk Hildesheim**

33

34 **Für eine stabile und ausreichende Finanzierung des**
35 **zweiten Bildungsweges**

36 Anspruch sozialdemokratischer Bildungs- und Gesell-
37 schaftspolitik ist, allen Menschen einen Schulabschluss
38 zu ermöglichen. Ein Anspruch, den der erste Bildungs-
39 weg nicht einlöst, und der über die Angebote des zwei-
40 ten Bildungsweges realisiert werden muss.

41 Die finanziellen Rahmenbedingungen erschweren aller-
42 dings die Finanzierung und Organisation des zweiten
43 Bildungsweges durch die Volkshochschulen in Nieder-
44 sachsen.

45 Der Bezirksparteitag fordert die SPD-geführte Lan-
46 desregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, sich
47 für eine stabile und ausreichende Finanzierung des
48 zweiten Bildungsweges einzusetzen und den zweiten
49 Bildungsweg damit zu stärken. Zu dieser Stärkung
50 gehört auch, eine der Ausbildung der Beschäftigten
51 angemessene Bezahlung sicherzustellen. Auch hierzu
52 bedarf es eines stärkeren Engagements der Landespoli-
53 tik.

54

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Für eine stabile und ausreichende Finanzierung
des zweiten Bildungsweges

Der Bezirksparteitag fordert die SPD-geführte Landes-
regierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für
eine stabile und ausreichende Finanzierung des zwei-
ten Bildungsweges einzusetzen und den zweiten Bil-
dungsweg damit zu stärken. Zu dieser Stärkung gehört
auch, eine der Ausbildung der Beschäftigten angemes-
sene Bezahlung sicherzustellen. Auch hierzu bedarf es
eines stärkeren Engagements der Landespolitik.

1 **Begründung**

2 Der 2. Bildungsweg ist mit seinem Angebot, unter-
3 schiedliche Schulabschlüsse nachzuholen, für Sozial-
4 demokratinnen und Sozialdemokraten ein zentraler
5 Baustein der Bildungspolitik.

6 Die finanziellen Rahmenbedingungen erschweren je-
7 doch die Finanzierung und Organisation des 2. Bil-
8 dungsweges durch die Volkshochschulen in Niedersach-
9 sen.

- 10 • Mittel aus dem Niedersächsisches Erwachsenenbil-
11 dungsgesetz (NEBG) reichen nicht aus, um die Kos-
12 ten für die Unterrichtseinheiten abzudecken.
 - 13 • Prüfungen müssen von den Kostenträgern organi-
14 siert werden, die diese Aufgabe unentgeltlich aus-
15 führen sollen. Hinzu kommt, dass die Bezahlung der
16 Prüferinnen und Prüfer durch die Landesschulbe-
17 hörde in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen
18 Aufwand steht.
 - 19 • Die biographischen Hintergründe der Kursteilneh-
20 merinnen und -teilnehmer machen oftmals eine so-
21 zialpädagogische Begleitung der Kurse erforderlich,
22 um die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer zu ei-
23 nem erfolgreichen Abschluss zu führen.
 - 24 • Die Integration der Zugewanderten wird auch eine
25 Aufgabe und Herausforderung für den zweiten Bil-
26 dungsweg und die Bildungsträger sein.
-

Finanzpolitik

1 **F-01**
 2 **AfA SPD-Bezirk Hannover**
 3
 4 **Finanztransaktionssteuer**
 5 Wir wollen und brauchen eine Finanztransaktions-
 6 steuer, damit die Verursacher der Finanzmarkt- und
 7 Wirtschaftskrise auch an den Kosten beteiligt werden
 8 und der Hochfrequenzhandel eingedämmt wird.
 9

Erledigt

Erledigt bei Annahme durch L01.

10 **F-02**
 11 **AfA SPD-Bezirk Hannover**
 12
 13 **Schuldenbremse**
 14 Die SPD setzt sich für die Abschaffung der Schulden-
 15 bremsen ein, weil sie den Gestaltungsspielraum eines
 16 handlungsfähigen Staates einschränkt.
 17
 18 **Begründung**
 19 Die SPD möchte eine nachfrageorientierte Wirt-
 20 schaftspolitik ermöglichen und flexibel auf aktuelle
 21 Herausforderungen (z.B. die Integration von Flücht-
 22 lingen, Terrorismus, Wirtschaftsrezession, sozialer
 23 Wohnungsbau) reagieren können.

Erledigt

Erledigt durch Annahme von L01.

24 **F-03**
 25 **AfA SPD-Bezirk Hannover**
 26
 27 **Steuergerechtigkeit**
 28 Die SPD hebt den Spitzensteuersatz auf mindestens
 29 49 Prozent an und schafft die Abgeltungssteuer ab; im
 30 Gegenzug werden für die unteren Einkommensklassen
 31 wirksame Steuerentlastungen umgesetzt.
 32

Erledigt

Erledigt durch Annahme von L01.

33 **F-04**
 34 **SPD-Unterbezirk Diepholz**
 35
 36 **Wiedereinführung der Vermögensteuer**
 37 Die ausgesetzte Vermögensteuer wird wieder einge-
 38 setzt.
 39

Erledigt

Erledigt durch Annahme von L01.

Gesundheit und Soziales

- 1 **GS-01**
 2 **SPD-AG 60plus Bezirk Hannover**
 3
 4 **Die Zusammenführung von Krankenversicherung, Pflegeversicherung und medizinischer Rehabilitation unter dem Dach der GKV**
 5
 6
 7 Eine Bürgerversicherung ist gerechter als die derzeitige Beitragsfinanzierung, weil sie die Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung konsequent am Grundsatz der Leistungsfähigkeit eines jeden Bürgers orientiert.
 8
 9
 10
 11
 12 In der Kranken- und Pflegeversicherung werden vergleichbare Lebensrisiken versichert. Die organisatorische Trennung der teilweise wettbewerblich ausgerichteten **GKV** von der nichtwettbewerblich organisierten sozialen Pflegeversicherung (**SPV**) bringt erhebliche Nachteile für die Nutzer. Sie ermöglicht Verschiebungen der Kosten zwischen beiden Versicherungszweigen und führt in vielen Fällen zu unklaren Zuständigkeiten, welche die Versorgung des Pflegebedürftigen erheblich erschweren können.
 13
 14
 15
 16
 17
 18
 19
 20
 21
 22
 23 **Begründung**
 24 Folgende Elemente sollten Inhalt einer solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung einschließlich der medizinischen Rehabilitation unter einem Dach sein:
 25
 26
 27 **Aufklärung in der Bevölkerung** (in allen gesellschaftlichen Bereichen)
 28
 29 • Das Risiko, pflegebedürftig zu werden, als auch die Prävention von Pflegebedürftigkeit bedarf verstärkter gesellschaftlicher und gesundheitspolitischer Aufmerksamkeit.
 30
 31
 32
 33 **Nicht zum Nulltarif**
 34 • Die selbst organisierte und finanzierte Vorsorge wird mehr als bislang die solidarische Absicherung ergänzen müssen. Dabei geht es nicht allein um eine finanzielle Absicherung des Risikos Pflegeabhängigkeit, sondern ebenso um die Entwicklung eines Bewusstseins dafür, dass Pflegebedürftigkeit kein unabwendbarer Zustand ist, der sich z. B. durch Lebensstil oder Anpassung des Wohnumfeldes verhindern oder zumindest in seiner Schwere verringern bzw. verzögern lässt.
 35
 36
 37
 38
 39
 40
 41
 42
 43
 44 **Umverteilung**
 45 • Politisch muss die Debatte zu Umverteilungsprozessen in die Langzeitpflege und Betreuung chronisch Kranker aufgenommen werden und neue Akzente der gesundheitlichen Versorgung in der altersgewandelten Gesellschaft setzen
 46
 47
 48
 49
 50 **Generationengerechtigkeit**
 51 • Generationengerechtigkeit die Postulate der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verlangen, dass zukünftige Generationen bei vergleichbarer Abgabenglast vergleichbare Leistungen von der Versicherten-gemeinschaft erhalten wie die heutige Generation.
 52
 53
 54
 55

Ablehnung

1 **Geschlechtergerechtigkeit**

- 2 • Im Sinne einer Geschlechtergerechtigkeit sollte mit
3 den künftigen gesetzlichen Rahmenbedingungen
4 auch angestrebt werden, die Aufgaben der Pflege
5 solidarischer zwischen den Geschlechtern zu
6 teilen. Heute tragen vor allem Frauen (Ehefrauen,
7 Töchter und Schwiegertöchter) die – oft sehr hohen
8 – Belastungen der häuslichen Pflege Familienange-
9 höriger.

10 **Wettbewerbliches Versicherungssystem**

- 11 • Die Integration der SPV in ein wettbewerbliches
12 Versicherungssystem setzt allerdings einen funk-
13 tionsfähigen, morbiditätsorientierten Risikostruk-
14 turausgleich (RSA) voraus.
15 • Bei seiner Konstruktion können die Erfahrungen
16 mit dem RSA in der GKV als nützliche Informations-
17 grundlage dienen.
18 • Die Integration dieser beiden sozialen Versiche-
19 rungszweige löst zwar insofern nicht alle Schnitt-
20 stellenprobleme, als der Interessenkonflikt zwi-
21 schen den Versicherten und den Krankenkassen we-
22 gen des Teilkaskocharakters der SPV in vielen Fällen
23 bestehen bleiben wird. Die Versicherten verfügen
24 jedoch in einem wettbewerblichen System über die
25 Möglichkeit, auf die Entscheidungen der Kranken-
26 kassen Einfluss zu nehmen, d. h. mit einem Kassen-
27 wechsel zu drohen bzw. zu reagieren.

28 **Wegfall der Versicherungspflichtgrenze**

- 29 • Sofern die GKV über einen Wegfall der Versi-
30 cherungspflichtgrenze zu einer sog. Bürgerversi-
31 cherung erweitert wird, bietet sich im Falle der In-
32 tegration dieser beiden Versicherungszweige auch
33 eine entsprechende Ausgestaltung der SPV an.
34 • Auch unabhängig von einer Integration dieser bei-
35 den Versicherungszweige, d. h. bei Fortbestehen ei-
36 ner eigenständigen SPV im derzeitigen Ordnungs-
37 rahmen, sprechen Effizienzaspekte für eine wettbe-
38 werbliche SPV mit einem Risikostruktur- statt eines
39 Finanzausgleichs.

40 **Einbeziehung aller Einkunftsarten**

- 41 • Die Versichertenbeiträge sollten auf alle Einkunfts-
42 arten ausgeweitet, der Beitrag des Arbeitseinkom-
43 mens jedoch weiter paritätisch finanziert werden.

44 **Familienversicherung und Splitting der Beitragsgrund-
45 lagen**

- 46 • Die Familienmitversicherung wird weiterhin als
47 sinnvoll erachtet.
48 • Empfohlen wird das Splitting des gemeinsamen Ar-
49 beitsentgeltes bzw. Einkommens mit anschließender
50 Anwendung des hälftigen Beitragsatzes auf
51 beide Entgeltteile. Das Splittingverfahren belastet
52 im Vergleich zur geltenden Regelung nur solche Fa-
53 milien stärker, bei denen das Arbeitsentgelt des
54 erwerbstätigen Partners die Beitragsbemessungs-
55 grenze übersteigt, und solche, bei denen das Ar-
56 beitsentgelt des einen Partners über und das des
57 anderen Partners unter der Beitragsbemessungs-
58 grenze liegt.

59 **Anreize zur ambulanten Pflege**

- 1 • Um stärkere Anreize zur ambulanten Pflege zu set-
2 zen, sollten die Sätze im ambulanten Bereich etwas
3 angehoben und im stationären etwas abgesenkt
4 werden.
- 5 **Wettbewerb durch Vertragsfreiheit**
- 6 • Im bisher nichtwettbewerblichen System der Pfl-
7 geversicherung könnten Wettbewerbselemente
8 den Pflegebedürftigen zu Gute kommen. Wenn
9 Pflegekassen mit einzelnen Pflegeheimen oder
10 Pflegeheimketten für ihre Versicherten besondere
11 Tarife aushandeln, verringern sie den Eigenanteil
12 der Versicherten. Jeder Versicherte erhält jedoch
13 die Möglichkeit, sich auch für einen anderen An-
14 bieter zu entscheiden, muss dann allerdings einen
15 höheren Eigenanteil in Kauf nehmen.
- 16 **Stärkere Berücksichtigung der Kindererziehung**
- 17 • Bei der Umsetzung des Bundesverfassungsge-
18 richtsurteils zur Entlastung der Erziehenden im
19 Beitragssystem der Pflegeversicherung ist der
20 generative Beitrag der Eltern zu honorieren. Er-
21 ziehende sollten nicht generell und einheitlich,
22 sondern in Zusammenhang mit der Anzahl der
23 Kinder entlastet werden.
- 24 **Geriatrische Rehabilitation zu den Pflegekassen**
- 25 • Die Chance, durch Prävention und Rehabilitation
26 Pflegebedürftigkeit zu verhindern, zu mindern oder
27 hinauszuzögern, wird bislang unzureichend ge-
28 nutzt. Für Krankenkassen besteht der Anreiz, Lei-
29 stungen auf die Pflegeversicherung zu verlagern. Sie
30 selbst besitzen nur dann ein Interesse an präven-
31 tiven und rehabilitativen Maßnahmen, wenn sich
32 deren Erfolge in der GKV und nicht als externe Ef-
33 fekte in der SPV niederschlagen. Rehabilitation soll-
34 te von dem Träger finanziert werden, der auch den
35 Nutzen für den Erfolg der Maßnahme trägt. Daraus
36 folgt die Forderung nach der Anerkennung der Pfl-
37 gekassen als Rehabilitationsträger. Eine solche Ent-
38 scheidung hebt die Trennung von Finanzierungslast
39 und Erfolgsinteresse bei der geriatrischen Rehabili-
40 tation auf und überträgt die Verantwortung für die
41 geriatrische Rehabilitation den Pflegekassen.
- 42 **Einbindung der Kommunen in die Verantwortung**
- 43 • Für die Prävention der Pflegeabhängigkeit
44 sind auch die Kommunen und Länder mitver-
45 antwortlich. Ihnen fällt die Aufgabe zu, die
46 notwendige Infrastruktur zu schaffen und zu erhal-
47 ten. Dies umfasst die Wohngebäudeausgestaltung,
48 die Bereitstellung gemeindenaher Dienste für
49 Hilfeleistungen, die nicht Gegenstand der Pflege
50 oder der Pflegeversicherung sein können, aber auch
51 die Stärkung und Unterstützung ehrenamtlichen
52 Engagements.
- 53 **Versicherungsfremde Leistungen steuerfinanziert**
- 54 • Die krankenversicherungsfremden Leistungen auf
55 der Ausgabenseite belaufen sich auf über 30 Mrd.
56 Euro Eine Umfinanzierung aus Steuermitteln führt
57 zu einer Beitragssatzabsenkung in der GKV von
58 über drei Beitragssatzpunkten.
- 59 • Für eine Verlagerung der krankenversicherungs-

1 fremden Leistungen von der Beitrags- in die Steuer-
 2 finanzierung sprechen auch arbeitsmarktpolitische
 3 Gründe. Bei gleichem Leistungsvo-
 4 lumen erfordert die Beitragsentlastung der GKV zwar eine Erhö-
 5 hung von Steuern und/oder öffentlicher Schuld in
 6 gleicher Höhe, dabei können die beschäftigungs-
 7 politischen Effekte aber erheblich differieren. Die
 8 Beitragsentlastung reduziert die Lohnnebenkosten
 9 und fördert damit den Einsatz des Produktionsfak-
 10 tors Arbeit, während sich die Steuererhöhungen auf
 11 den Konsum konzentrieren können.

12 **Gegenüberstellung der Organisationsunterschiede der**
 13 **gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen**
 14 **Pflegeversicherung**

15 **Gesetzliche Krankenversicherung**

- 16 • Vollkasko-Versicherung
- 17 • Risikostrukturausgleich
- 18 • wettbewerbliches System
- 19 • Festlegung des Beitragssatzes durch die jeweili-
 20 ge Krankenkasse (bei gleicher Beitragsbemessungs-
 21 grenze)
- 22 • Leistungen nach dem Bedarfsprinzip
- 23 • Heterogenität in der Ausgestaltung der Vertrags-
 24 verantwortlichkeiten (unterschiedliche Vertrags-
 25 ausgestaltung auf Landesebene, Modellprojekte
 26 usw.)
- 27 • in der Regel Leistungsgewährung bei Inanspruch-
 28 nahme (implizite Leistungsgewährung)
- 29 • sektorale Budgetierung
- 30 • geringe Wahlmöglichkeiten bei den Leistungen

31 **Soziale Pflegeversicherung**

- 32 • Teilkasko-Versicherung
- 33 • ausgabenorientierter Finanzausgleich
- 34 • nichtwettbewerbliches System
- 35 • Festlegung des Beitragssatzes durch den Gesetzge-
 36 ber (bei gleicher Beitragsbemessungsgrenze)
- 37 • Leistungen nach dem Budgetprinzip
- 38 • gemeinsames und einheitliches Vorgehen in der
 39 Ausgestaltung der Vertragsverantwortlichkeiten
 40 (die einzelne Pflegekasse verfügt nicht über eigene
 41 Entscheidungsspielräume)
- 42 • Leistungsgewährung nach Antrag und Begutach-
 43 tung (explizite Leistungsgewährung)
- 44 • Gesamtbudget
- 45 • größere Wahlmöglichkeiten bei den Leistungen
 46 (Sach- oder Geldleistungen in der ambulanten Ver-
 47 sorgung, ambulante oder stationäre Versorgung)

48 **Fazit: Folgende Gesichtspunkte sprechen mittelfristig**
 49 **für eine engere Verzahnung von GKV und SPV:**

- 50 • das Nebeneinander der GKV und der SPV ist nicht
 51 effektiv, da strukturell ähnlich gelagerte Risiken ab-
 52 gesichert werden,
- 53 • bei älteren Versicherten kommt es oft zu Über-
 54 schneidungen der Ansprüche aus beiden Versiche-
 55 rungszweigen,
- 56 • Maßnahmen der Prävention und Rehabilitation zur
 57 Vermeidung von Pflegebedürftigkeit werden auf-
 58 grund verschiedener ökonomischer Anreizstruktu-
 59 ren unzureichend ergriffen,

1 • Chancen für die Etablierung von Modellen der integrierten Versorgung werden kaum genutzt und
 2
 3 • die anspruchsberechtigten Pflegebedürftigen erleiden erhebliche Nachteile, wenn Leistungen von
 4 der GKV in die budgetierte SPV verschoben werden.
 5
 6 Angesichts des zu erwartenden drastischen Anstiegs von Krankheits- und Pflegekosten – aufgrund der demografischen Entwicklung – sollen die Kranken- und
 7 Pflegeversicherung und medizinische Rehabilitation zusammengeführt werden. Das Nebeneinander von Pflegeversicherung und Kranken-
 8 kassen ist unwirtschaftlich, weil beide Systeme ähnliche Risiken absichern. Zudem verschieben die Krankenkassen oft Ausgaben in die Pflegeversicherung um
 9 zu sparen. Mit der Zusammenführung von Krankenversicherung, Pflegeversicherung und medizinischer Rehabilitation lägen die Aufgaben von Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege in einer Hand. So könnten die Aufgaben auch aus einer Hand koordiniert, integriert geplant und finanziert werden.
 10
 11
 12
 13
 14
 15
 16
 17
 18
 19
 20

21 **GS-02**
 22 **SPD-Unterbezirk Diepholz**
 23
 24 **Kostenfreiheit der Ausbildung in den therapeutischen Berufen**
 25
 26 Anders als im dualen Bildungssystem ist die Ausbildung in den therapeutischen Berufen (Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie) in weiten Teilen schulgeldpflichtig. Vergleichbares lässt sich für deren Ausbildung an privaten Hochschulen feststellen. Diese Situation ist sowohl aus gesundheitspolitischer als auch verfassungsrechtlicher Perspektive nicht zu akzeptieren.
 27
 28 Die Ausbildung in den Therapieberufen ist eine gesellschaftliche Aufgabe, doch nur in wenigen Bundesländern übernimmt der Staat hier seine Aufgabe der Finanzierung wahr. Beispielhaft sei hier die Physiotherapie aufgeführt, welche nur in Bayern und Sachsen in den öffentlichen Schulgesetzen aufgenommen ist. Der SPD-Bezirk Hannover fordert zum Abbau finanzieller Bildungsbarrieren und zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, die Kostenfreiheit der (hoch-)schulischen Ausbildung von Therapeuten und Therapeutinnen zu gewährleisten, damit die Sicherung der therapeutischen Patientenversorgung auch in Zukunft gewährleistet ist.
 29
 30
 31
 32
 33
 34
 35
 36
 37
 38
 39
 40
 41
 42
 43
 44
 45
 46
 47 **Begründung**
 48 Anders als in vielen europäischen Ländern werden die Therapieberufe der Ergotherapie, Logopädie und Physiotherapie in Deutschland nur in geringem Umfang an Hochschulen erlernt, sondern größtenteils in Form einer dreijährigen schulischen Ausbildung an den Schulen des Gesundheitswesens. Diese stellen eine besondere Form der berufsbildenden Schulen dar und haben in nahezu allen Bundesländern den Status einer Ergänzungsschule, die ohne staatliche Förderung
 49
 50
 51
 52
 53
 54
 55
 56

Annahme

1 auskommen müssen. Sie sind überwiegend privat
 2 organisiert und sofern sie nicht an Krankenhäuser an-
 3 gegliedert sind, finanzieren sie sich über Schulgeld der
 4 Auszubildenden. Ausnahmen existieren nur in gerin-
 5 gem Maß in den Bundesländern, wo diese Fachschulen
 6 den Status einer öffentlichen Schule haben. Nach
 7 Angaben des Deutschen Verbandes für Physiotherapie
 8 erheben etwa 72 Prozent der Fachschulen Schulgeld,
 9 was für die Schülerinnen und Schüler durchschnittlich
 10 400 Euro monatlich ausmacht (etwa 15.000 Euro pro
 11 Ausbildungsgang).

12 Die hohen Aus- und Fortbildungskosten in Kombinati-
 13 on mit dem geringen Verdienst machen die therapeuti-
 14 schen Berufe immer unattraktiver. Eine Studie des Bun-
 15 desinstituts für Berufsbildung (BIBB) von 2015 zeigt ei-
 16 nen Rückgang der Ausbildungszahlen im Bereich der
 17 Physiotherapie um 13,9 Prozent gegenüber dem Vor-
 18 jahr. Sollte sich diese Entwicklung vorsetzen, droht in
 19 Kürze ein bundesweiter Fachkräftemangel. Dabei un-
 20 terstreicht die Zunahme an chronischen Erkrankungen
 21 und Behinderungen die bedeutende Rolle von Therapie-
 22 berufen. Es gilt, Menschen professionell bei der Bewäl-
 23 tigung ihrer zum Teil über jahrzehntelangen Einschrän-
 24 kungen zu begleiten. Ein Bericht der Europäischen Uni-
 25 on (EU) besagt, dass europaweit von einer 12 prozen-
 26 tigen Prävalenz körperlicher Aktivitätseinschränkungen
 27 durch dauerhafte Behinderungen aufgrund von Krebs,
 28 Schlaganfällen, Unfällen, Demenz, Osteoporose und Ar-
 29 thritis auszugehen ist. Von epidemiologischer Relevanz
 30 sind auch Bedarfe, die sich aus bewegungs- und bewe-
 31 gungssystemassoziierten Erkrankungen ergeben. Hier
 32 haben die therapeutischen Berufe Physio- und Ergo-
 33 therapeuten und Logopäden ihr Tätigkeitsfeld. Zudem
 34 wird die Qualität gesundheitlicher Versorgung in Zu-
 35 kunft nicht ausschließlich die Vermeidung, sondern der
 36 Aufschub oder die Minderung der Folgen einer Erkran-
 37 kung sein. Vor allem in der Sekundär- und Tertiärpräven-
 38 tion sind nicht ärztliche Therapeuten gefragt, da nicht
 39 nur die Quantität von Bewegung im Sinne allgemeiner
 40 Aktivität, sondern vor allem die Qualität und langfristig
 41 funktionelle Anpassung und Aktivität, z. B. bei Rheuma-
 42 erkrankung, nach Schlaganfall oder bei entwicklungs-
 43 neurologischen Problemen Kern nicht ärztlicher Thera-
 44 pie ist.

45 Eine finanzielle Entlastung der Auszubildenden in den
 46 therapeutischen Berufen kann zur Attraktivitätssteige-
 47 rung der Berufe beitragen, dem Fachkräftemangel ent-
 48 gegenwirken und so eine bedarfsgerechte Patienten-
 49 versorgung sicherstellen.

1 **GS-03**
 2 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**
 3
 4 **Mehr kassenärztliche Zulassungen für Psychotherapeut*innen**
 5
 6 Medizinische Unterversorgung ist teuer und unmenschlich, deswegen fordern wir, dass die Festlegung der Anzahl der Kassensitze von Psychotherapeuten sich am realen Bedarf orientiert und nicht am Schlüssel.
 7
 8 Für eine*n psychisch Kranke*n mit gesetzlicher Krankenversicherung, der eine ambulante Therapie machen muss, sieht es schlecht aus. Der typische Fall läuft so ab: der* Hausarzt*in rät zu einer Behandlung, gibt evtl. Empfehlungen für Psychotherapeut*innen. Der*die Patient*in ruft also bei verschiedenen Ärzt*innen an. Doch überall nur Wartelisten. Drei Monate sind zur Zeit der Standard. Der*die Betroffene hat nun verschiedene Möglichkeiten.
 9
 10 1. Warten. Das verschlimmert in fast allen Fällen die Situation bis hin zum Bedarf eines Klinikaufenthaltes, der am Anfang gar nicht vonnöten war.
 11
 12 2. Bei der Krankenkasse um einen Therapieplatz bitten, mit viel Glück kann vermittelt werden, was selten der Fall ist.
 13
 14 3. Sich bei der Bundespsychotherapeutenkammer erkundigen. Unter Umständen kann auch sie vermitteln, was auch selten der Fall ist.
 15
 16 4. Eine bestimmte Anzahl von Kassenärztlichen Therapeuten abtelefonieren, um dann nach Paragraph 13 Abs. 3 Sozialgesetzbuch V seinen Anspruch auf Behandlung gültig zu machen. Wenn die Krankenkasse erwiesenermaßen der gesundheitlichen Versorgung eines zu Behandelnden nicht nachkommen kann, darf sich der*die Betroffene Hilfe bei einem*r Psychotherapeut*in holen, der*die keinen Kassensitz hat. Jetzt gehen wir mal vom häufigsten Fall aus, der*die Patient*in hat eine Depression.
 17
 18 Wie soll eine solch belastete Person diesen bürokratischen Aufwand betreiben können?
 19
 20 Oft müssen am Ende Patient*innen, die eigentlich ambulant behandelt werden könnten auf eine stationäre Behandlung ausweichen, weil entweder die Erkrankung sich so sehr verschlechtert hat oder eine ambulante Versorgung auf dem Land nicht möglich ist.
 21
 22 Diese Situation ist nicht tragbar.
 23
 24 Die Position der gerade zu Ende ausgebildeten Psychotherapeuten ist zudem auch schlecht. Die Ausbildung ist nach dem Studium zwischen drei und fünf Jahren lang, wobei die Bezahlung unverhältnismäßig gering ist. Halten kann sich eine eigene Praxis i.d.R. nur, wenn der*die Psychotherapeut*in einen Kassensitz hat. Neue Kassensitze gibt es aber nur, wenn ein*e andere*r Psychotherapeut*in in den Ruhestand geht. Dieser ist dann für fünfstellige Beträge vom Vorgänger zu erwerben. Es kann nicht möglich sein, dass Bürger*innen Geld bezahlen müssen, um zu arbeiten.
 25
 26 Für die Kassen entstehen im Endeffekt sogar höhere Ausgaben, da eine stationäre Behandlung höhere Kos-

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Mehr kassenärztliche Zulassungen für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten

Medizinische Unterversorgung ist teuer und unmenschlich, deswegen fordern wir, dass sich die Festlegung der Anzahl der Kassensitze von Psychotherapeuten am realen Bedarf orientiert.

1 ten verursacht als eine ambulante. Außerdem bedarf
2 ein verschlimmter Krankheitsgrad einer längeren Be-
3 handlung.
4 Das 2012 in Kraft getretene GKV-
5 Versorgungsstrukturgesetz deckt immer noch nicht
6 den tatsächlichen Bedarf an Psychotherapeut*innen.
7 Deswegen fordere ich eine Überarbeitung des Ge-
8 setzes, damit alle Bürger, die psychotherapeutische
9 Hilfe brauchen, sie auch ohne bürokratischen Aufwand
10 bekommen können.
11

12 **GS-04**
13 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**

14
15 **Lebensmittelampel**
16 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen,
17 dass künftig auf allen in Deutschland verkäuflichen ver-
18 arbeiteten Lebensmitteln eine Lebensmittelampel zu-
19 sätzlich zu den bisher vorgeschriebenen Lebensmittel-
20 kennzeichnung zu benutzen ist, welche sich auf die In-
21 haltstoffe Zucker, Salz und Fett bezieht.
22 Verbraucherinnen und Verbrauchern muss es auch oh-
23 ne ein Hochschulstudium und stundenlange Recher-
24 che möglich sein, zu erkennen, ob ein Lebensmittel ge-
25 meinlich als gesund gilt oder nicht. Die Lebensmittelam-
26 pel bietet hierzu eine erste, bewusst einfach gehaltene
27 Orientierung auf Basis aktueller wissenschaftlicher Er-
28 kenntnisse.
29 Ferner wird die jetzige und die künftige Bundesre-
30 gierung dazu aufgefordert, sich zusätzlich auch auf
31 EU-Ebene für eine solche Regelung einzusetzen.
32

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Lebensmittelampel einführen

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich da-
für einzusetzen, dass künftig auf allen in Deutschland
verkäuflichen und verarbeiteten Lebensmitteln zusätz-
lich zu den bisher vorgeschriebenen Lebensmittelkenn-
zeichnungen eine Lebensmittelampel zu benutzen ist,
welche sich u.a. auf die Inhaltsstoffe Zucker, Salz und
Fett bezieht.

33 **GS-05**
34 **SPD-Unterbezirk Celle**

35
36 **Defibrillatoren im öffentlichen Raum**
37 Wir fordern die SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass
38 in allen öffentlichen Gebäuden und Bahnhöfen De-
39 fibrillatoren angebracht werden. Außerdem soll die
40 Anbringung von Defibrillatoren im privaten Bereich,
41 wie zum Beispiel in Geschäften oder Firmen, forciert
42 und beworben werden und die Unternehmen dabei
43 unterstützt werden und/oder finanzielle Anreize ge-
44 schaffen werden.
45
46 **Begründung**
47 Jedes Jahr sterben in Deutschland an die 80.000 bis
48 100.000 Menschen den plötzlichen Herztod. Viele
49 dieser Todesfälle sind auf Unkenntnisse von Menschen
50 im Bereich der Ersten Hilfe zurück zu führen. Moderne
51 Defibrillatoren, sogenannte Automatisierte externe
52 Defibrillatoren, können von allen Menschen sofort ein-

Annahme

1 gesetzt werden. Sie messen nicht nur den Herzschlag,
2 sondern leiten auch Menschen, die nicht wissen, was
3 sie machen sollen, dazu an, was sie zu tun haben, um
4 Leben zu retten.
5 Der Ende Januar veröffentlichte Deutsche Herzbericht
6 2016 verdeutlicht, dass die genannten Defibrillatoren in
7 den vergangenen Jahren dazu beigetragen haben, dass
8 die Todesfälle aufgrund von Herzerkrankungen zurück-
9 gegangen sind. Daher sollte es unser Ziel sein, dass die-
10 se Geräte für alle Menschen zugänglich gemacht wer-
11 den und so die Leben anderer Menschen gerettet wer-
12 den können.

Gesellschaft

- 1 **Ge-01**
 2 **AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover**
 3
 4 **Wildtierhandel und Exotenhaltung sollen verboten**
 5 **werden**
 6 Keine kommerziellen Importe von exotischen Wildfän-
 7 gen (egal ob mit oder ohne Schutzstatus) gem. Erlass
 8 vom 27. Oktober 2005 für Wildvögel aufgrund der Vo-
 9 gelgrippe.
 10 TierSchG § 2 (1) 3.: „Wer ein Tier hält, betreut oder zu
 11 betreuen hat, muss über die für eine angemessene
 12 Ernährung, Pflege und verhaltensgerechte Unter-
 13 bringung des Tieres erforderliche Kenntnisse und
 14 Fähigkeiten verfügen.“
 15
 16 **Begründung**
 17 Bis zum Erlass eines Einfuhrverbotes am 27.10.2005
 18 wegen der Vogelgrippe importierte die EU ca. 1,76 Mio.
 19 Wildvögel pro Jahr. Etwa ebenso viele Tiere starben
 20 bereits vor dem Export. Die EU war somit für den Fang
 21 von 3,5 Mio. Wildvögeln pro Jahr verantwortlich.
 22 Allein in deutschen Wohnzimmern stehen etwa
 23 700.000 Terrarien mit Reptilien und Amphibien. Die
 24 Sammler exotischer „Heimtiere“ haben es dabei vor
 25 allem auf ausgefallene und seltene Arten abgesehen.
 26 Um die Nachfrage bedienen zu können, „produzie-
 27 ren“ skrupellose Züchter die Tiere unter qualvollen
 28 Bedingungen oder entreißen sie der Natur.
 29 Deutsche Großhändler importieren jedes Jahr hundert-
 30 tausende Exoten aus Ländern wie Vietnam, Tansania
 31 oder den USA (Reptiles by Mack, Ohio) – ein millionen-
 32 schweres, unbarmherziges Geschäft, bei dem Sterbera-
 33 ten bis zu 70 Prozent bereits einkalkuliert sind (Video-
 34 und Bildmaterial: bei PETA Deutschland).
 35 Aus Unkenntnis der Tierhalter erkranken die meisten
 36 Tiere und sterben einen langsamen Tod, werden ausge-
 37 setzt oder im günstigsten Fall durch die Behörden ein-
 38 gezogen. Aus nicht fachgerechter Haltung können die
 39 Tiere langfristige bzw. dauerhafte Einschränkungen be-
 40 halten (Herpes, Mycoplasmen, Papageienkrankheit etc.)
 41 Die Betreuungsstationen/Tierheime etc. sind überfüllt
 42 mit „Allerweltexoten“ und müssen für die Vermittlung
 43 (hoher Zeit- und Kostenaufwand) ungeschützter Arten
 44 Sorge tragen. In den Jahren 2013 und 2014 wurden z.B.
 45 folgende artengeschützte Tiere legal importiert:
 46 • 5.773 Maurische Landschildkröten
 47 • 2.619 Griechische Landschildkröten
 48 • 18.600 Vierzehenschildkröten
 49 • 1.397 Spornschildkröten
 50 • 43.000 Chinesische Streifenschildkröten
 51 • 42.000 Chinesische Dreikielschildkröten
 52 • 4.780 Grüner Leguan
 53 • 9.530 Grüne Wasseragame
 54 • 9.692 Königspython
 55 Bisher besteht für Händler nur eine Dokumentations-
 56 pflicht. Großsäuger wie Kamele, Affen, Tiger, Löwen, Ze-
 57 bras etc. werden im Internet und über Kleinanzeigen an-
 58 geboten.

Überweisung als Material an die Bundestagsfraktion

- 1 Das Modell einer verpflichtenden Sachkunde ist schon
2 seit vielen Jahren bei Verbänden (DGHT, BNA) etabliert.
3 Vollzugshinweise zum Artenschutzrecht überarbeitet
4 19.11.2010 vom Ständigen Ausschuss „Arten- und Biotop-
5 schutz“ Auf der Basis des Art. VIII Abs. 4 WA und der
6 Resolution Conf. 10.7 bestehen zur Rettung lebender Ex-
7 emplare drei Möglichkeiten:
- 8 1. Rückführung in das Herkunftsland (Freilassung der
9 Tiere ist selten möglich, da es erstens sehr kosten-
10 und personalintensiv ist, zweitens die Herkunftspo-
11 pulation bekannt sein muss und drittens die Ge-
12 fahr der Einschleppung von Krankheiten in die Hei-
13 matpopulation besteht.
 - 14 2. Tötung der eingezogenen Exemplare > das hieße Tö-
15 ten ohne vernünftigen Grund > ist mit dem Tier-
16 schutzgesetz nicht vereinbar (Ausnahmen nach Art.
17 16a Nr. 2 TierSchG möglich)
 - 18 3. Abgabe an geeignete Einrichtungen oder Personen
19 Vorrangige Vorgehensweise zur Zeit: > Dauerhafte
20 Unterbringung in Auffangstationen > Bestimmung
21 des Unterbringungsortes ist von dem Schutz- und
22 Gefährdungsstatus der Tierart abhängig. Gefähr-
23 tere: Tiere, die aufgrund ihres Verhaltens und ihrer
24 Körperkräfte / Waffen / Gifte eine Gefährdung für
25 den Menschen darstellen können. 3400 Arten – ca.
26 700 giftig, mind. 50 tödlich Zahlreiche Giftschlan-
27 gen, Skorpione etc. sind nicht geschützt.
- 28 Wichtig wäre:
- 29 • Eine länderübergreifende einheitliche Regelung
30 und eine zentrale Datei für alle Behörden (BfN,
31 NLWKN, UNB, Vet.Amt, Ordnungsamt etc.) ist zu
32 schaffen.
 - 33 • Ein Sachkundenachweis, den es schon seit Jahr-
34 zehnten gibt, ist für alle Tierhalter verpflichtend
35 einzuführen.
 - 36 • Verpflichtung des Handels zur Meldung an die Be-
37 hörden
 - 38 • Regelung der Unterbringung von beschlagnahmten
39 Gefährtieren
 - 40 • Behandlung nichtheimischer Wildtiere = Exoten
41 wie Fundtiere (BGB §§ 960ff)
- 42 (Quelle: NABU-Artenschutzzentrum Leiferde/Gifhorn)
43 Koalitionsvertrag der Bundesregierung, 18. Legislatur-
44 periode, S. 123: „Wir werden die Sachkunde der Tierhal-
45 ter fördern. Gleichzeitig erarbeiten wir ein bundesein-
46 heitliches Prüf- und Zulassungsverfahren (...). Ziel ist es
47 außerdem, EU-weit einheitliche und höhere Tierschutz-
48 standards durchzusetzen“.
- 49 • Exotische Tiere gehören nicht ins Wohnzimmer.
 - 50 • Es versteht sich von selbst, dass Jagdtrophäen ei-
51 nem Einfuhrverbot unterliegen müssen.

1 **Ge-02**
 2 **AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover**
 3
 4 **Heimtiere sollen durch ein Heimtierschutzgesetz ge-**
 5 **schützt werden – Sachkundenachweis für Tierhalter**
 6 Heimtiere sollen durch ein Heimtierschutzgesetz ge-
 7 schützt werden – Sachkundenachweis für Tierhalter.
 8
 9 **Begründung**
 10 Die Forderung im Koalitionsvertrag der Bundesregie-
 11 rung, 18. Legislaturperiode, festgeschrieben auf S. 123
 12 ist möglichst schnell umzusetzen:
 13 **„Wir werden die Sachkunde der Tierhalter fördern.**
 14 **Gleichzeitig erarbeiten wir ein bundeseinheitliches**
 15 **Prüf- und Zulassungsverfahren (...). Ziel ist es außer-**
 16 **dem, EU-weit einheitliche und höhere Tierschutzstan-**
 17 **dards durchzusetzen“.**
 18 Darüber hinaus beschreibt TierschutzGesetz in § 2 (1) 3.:
 19 **„Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, muss**
 20 **über die für eine angemessene Ernährung, Pflege und**
 21 **verhaltensgerechte Unterbringung des Tieres erforder-**
 22 **lichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen.“**
 23 Aus Unwissenheit und Nachlässigkeit wird massiv ge-
 24 gen das Tierschutzgesetz § 2 verstoßen. Millionen von
 25 „Heimtieren“ fehlt der angemessene rechtliche Schutz!
 26 Es wurde verpasst, bei der Novellierung des Tierschutz-
 27 gesetzes eine spezifische Heimtier-Verordnung zu inte-
 28 grieren.
 29 In Deutschland leben ca. 28 Millionen sog. Heimtiere,
 30 Katzen, Kaninchen, Meerschweinchen etc., sowie zahl-
 31 lose Tiere in Aquarien und Terrarien. Hinzu kommen 3,4
 32 Millionen Ziervögel. Diese Tiere werden von Gesetzes
 33 wegen nicht bis völlig unzureichend vor Leid und Miss-
 34 brauch geschützt. Es hat sich eine mächtige Tierhan-
 35 delsindustrie entwickelt, wodurch die Wegwerfmenta-
 36 lität weiter unterstützt wird.
 37 Die meisten Kleintierfreunde ahnen nicht, wie die Tie-
 38 re in die Geschäfte kommen: die Tiere werden meist
 39 als Massenware von einem Großzüchter eingekauft und
 40 oft über weite Strecken aus dem Ausland importiert:
 41 überfüllte Käfige, winzige Plastikboxen, leere Wasser-
 42 tanks, verdurstete Kaninchen, verblutete Ratten, ver-
 43 störte Vögel wurden von der Tierrechtsorganisation Pe-
 44 ta Deutschland dokumentiert.
 45 Seit vielen Jahren fordert der Deutsche Tierschutzbund
 46 ein Heimtierschutzgesetz, d.h. einen Sachkundenach-
 47 weis für alle Tierhalter. Diesen Nachweis fordert eben-
 48 falls Herr Prof. Hackbarth der Tierärztlichen Hochschule
 49 Hannover seit Jahren. Er sagt, Zitat: „die größte Tierquä-
 50 lerei findet in privaten Haushalten statt aufgrund von
 51 eklatantem Unwissen über artgerechte Tierhaltung“.
 52 Viele so genannte Heimtiere werden unter Bedingun-
 53 gen gehalten, die keinesfalls ihrer Natur und ihren Be-
 54 dürfnissen entsprechen. Obwohl es die Halter dieser
 55 Tiere meist gut meinen, leiden viele „Haustiere“ in
 56 Deutschland massiv unter ihren Lebensbedingungen.
 57 Das Schweizer Tierschutzgesetz legt zahlreiche Hal-
 58 tungsbedingungen fest, die auch unzähligen Tieren in

Ablehnung

- 1 Deutschland helfen könnten, z.B. Gruppenhaltung sozi-
2 allelebender Arten.
3 Eine rechtliche Regelung folgender Punkte ist dringend
4 notwendig:
- 5 1. Gruppenhaltung soziallebender Arten
 - 6 2. Kastrationspflicht für alle geschlechtsreifen Tiere,
7 die unkontrolliert ins Freie gelassen werden
 - 8 3. Verbot von Wildtierhaltung in Privathaushalten
9 und damit verbunden
 - 10 4. Verbot von Tierbörsen mit exotischen Tieren. Auch
11 gefährliche Tiere werden hier in vielen Fällen ohne
12 Skrupel verkauft. Dies stellt neben dem Leid der Tie-
13 re zusätzlich eine ernstzunehmende Gefahr für die
14 Bevölkerung dar.
 - 15 5. Verbot von Vogelbörsen und -ausstellungen
 - 16 6. Massive Eindämmung der Zucht aller sog. Heimtie-
17 re
 - 18 7. Verbot von Qualzuchten, z.B. Nacktkatzen, Hunde
19 und Katzen mit Atmungsproblemen – siehe Grund-
20 satz in § 1 Tierschutzgesetz
 - 21 8. Verkaufsverbot von Tieren im Zoohandel, Baumärk-
22 ten und Gartencentern. Jedes dort gekaufte Tier
23 fördert die „Nachproduktion“. Mitarbeiter in die-
24 sen Geschäften verfügen meist nicht über das er-
25 forderliche Wissen über die Tiere in ihrer Obhut; so
26 werden den Kunden oftmals falsche Informationen
27 über Haltung, Ernährung und Gesundheitszustand
28 der Tiere gegeben.
- 29 Im April 2002 wurde die Verankerung des Tierschutzes
30 als Staatsziel in das Grundgesetz der Bundesrepublik
31 Deutschland aufgenommen:
- 32 GG Art. 20a: „Der Staat schützt auch in Verantwortung
33 für die künftigen Generationen die natürlichen Lebens-
34 grundlagen **und die Tiere** im Rahmen der verfassungs-
35 mäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach
36 Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende
37 Gewalt und die Rechtsprechung.“
- 38 Diesen Worten müssen nun endlich Taten folgen!
- 39 Eine Verordnung zum Schutz der so genannten Heim-
40 tiere ist unerlässlich, entspricht sie doch unseren heuti-
41 gen Wertevorstellungen, siehe auch das Positionspapier
42 Tierschutz der Bundes-SPD vom 16. Juni 2015.

43 **Ge-03**
44 **AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover**
45

46 **Förderung tierversuchsfreier Medizin**
47 Tierversuchsfreie Medizin soll gefördert werden, Alter-
48 nativen zu Tierversuchen sollen verstärkte finanzielle
49 und ideelle Unterstützung und Förderung erhalten, es
50 soll deutlich mehr Förderpreise für tierversuchsfreie
51 Medizin geben.

52
53 **Begründung**
54 Trotz gegenteiliger Behauptungen werden Tierversuche
55 nicht gebraucht, um Medikamente oder Chemikalien zu
56 testen, um Stoffwechselforgänge zu untersuchen und

Annahme

1 Rückschlüsse über die Wirkungen, Nebenwirkungen
 2 und Mortalitätsraten am Menschen ziehen zu können.
 3 Es wird ausgeblendet, dass die Ergebnisse im besten
 4 Fall für die jeweilige Tierart gelten. Eine Übertragung
 5 auf andere Tierarten oder den Menschen hingegen ist
 6 schon allein aufgrund der häufig unterschiedlichen
 7 Reaktion auf ein und dieselbe Substanz nicht seriös
 8 und wenig aussagekräftig.
 9 Ein Beispiel für Alternativen zu Tierversuchen sind die so
 10 genannten Biochips, die z. Zt. einen regelrechten Boom
 11 unter modernen Forschenden erfahren. Man kann sich
 12 diese wie einen Minimenschen auf kleinster Fläche vor-
 13 stellen. Menschliche Zellen aus verschiedenen Organen
 14 werden in kleinen Kompartimenten angesiedelt und
 15 wie im echten Kreislauf miteinander verbunden. Mit
 16 solchen Systemen lassen sich eine Vielzahl von Stoff-
 17 wechselfunktionen des menschlichen Körpers abbilden
 18 und patientenspezifisch Therapien finden, was im Tier-
 19 versuch naturgemäß nicht möglich ist.
 20 Modernste Techniken erlauben die Schaffung eines
 21 künstlichen Körpers, der das menschliche Stoffwech-
 22 selsystem lebensecht nachstellt. Auf einem nur weni-
 23 ge Zentimeter großen Mikrochip werden Kammern an-
 24 gebracht, die mit lebenden Zellen ausgekleidet sind
 25 und so die Organe in Miniformat bilden. Über kleine
 26 Schläuche wird das System mit Nährflüssigkeit durch-
 27 strömt. Die Zugabe von potentiellen Medikamenten
 28 oder Chemikalien erlaubt Rückschlüsse über die Vor-
 29 gänge im menschlichen Körper, beispielsweise ob gif-
 30 tige Abbauprodukte entstehen oder schädliche Neben-
 31 wirkungen zu erwarten sind. Auch Krankheiten und
 32 mögliche Therapiemöglichkeiten lassen sich so erfors-
 33 chen, indem beispielsweise die Miniorgane mit Krebs-
 34 zellen besiedelt werden. Die Zellen stammen aus me-
 35 dizinisch notwendigen Operationen bei Menschen. In-
 36 zwischen gibt es eine ganze Reihe von Chips mit einzel-
 37 nen Organen, die unter anderem die gezielte Untersu-
 38 chung der Wirkung einer Substanz auf die Haut erlau-
 39 ben, sowie Multi-Organ-Systeme, die eine Reihe von Or-
 40 ganen wie in einem lebenden System vereinen und Auf-
 41 schluss über das Zusammenspiel der Organe und Ab-
 42 bauprodukte bei der Verstoffwechselung geben.

43 **Ge-04**
 44 **AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover**
 45
 46 **Haltungsvorschrift für Mastkaninchen**
 47 Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung soll im
 48 Abschnitt 2 um Haltungsvorschriften für so genannte
 49 Mastkaninchen ergänzt werden.
 50
 51 **Begründung**
 52 Allein in Deutschland werden jedes Jahr über 20
 53 Millionen Kaninchen konsumiert, berichtet die UN-
 54 Organisation FAO. Bisher gibt es für so genannte
 55 Mastkaninchen keinerlei Haltungsbedingungen. Sie
 56 leben in Verhältnissen wie bis vor kurzem die Käfig-

Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

1 hühner in den Legebatterien. Jedem von ihnen stehen
 2 nur 800 cm² zu, kaum mehr als ein DIN-A4-Blatt,
 3 ohne Tageslicht, ohne Frischluft. Auch bei kleinen
 4 Kaninchenzüchtern ergeht es ihnen meist nicht besser.
 5 Kaninchen sind von Natur aus für weiche Untergründe
 6 geschaffen; sie leben im Freien auf weichem Grund und
 7 Boden. Kaninchenmast in Drahtkäfigen ist Tierquälerei
 8 und verstößt gegen das Tierschutzgesetz § 1, denn es
 9 werden ihnen hier achtlos Schmerzen, Leiden und Schä-
 10 den zugefügt.
 11 Die Drahtgitterböden schneiden tief in die empfindli-
 12 chen Pfoten der Tiere ein. Diese Fehlhaltung führt zu
 13 schlimmen Verletzungen mit unbehandelten Entzün-
 14 dungen. Sie haben abgeissene Ohren, eitriges Augen,
 15 blutige Pfoten und kahle Stellen. Ihre Lebenserwartung:
 16 drei bis vier Monate, falls sie bis zur Schlachtung durch-
 17 halten. Aufgrund des nicht artgerechten Mastfutters
 18 entstehen Durchfall und Entzündungen der Schleim-
 19 häute.
 20 Damit die Tiere die Qualen der Mast möglichst überste-
 21 hen, ist der Einsatz von Medikamenten üblich wie in al-
 22 len Massentierhaltungen; künstliche Lichtquellen sor-
 23 gen für einen verlängerten Tagesablauf – eine Sterbe-
 24 quote von bis zu 50 Prozent wird von Mästern in Kauf
 25 genommen. Dieser rechtsfreie Raum ist unverzüglich zu
 26 beenden.
 27 Auf Produkten mit schönen Bildern wird den Verbrau-
 28 chern eine Idylle auf der grünen Wiese vorgegaukelt
 29 und eine heile Welt suggeriert.
 30 Mit dem Tierschutzgesetz, nunmehr über 15 Jahre im
 31 Grundgesetz verankert, ist diese brutale, unwürdige
 32 Haltung nicht vereinbar – ebenfalls nicht mit den heu-
 33 tigen Wertevorstellungen für Mensch und Tier.
 34 TierSchG § 1: „Zweck dieses Gesetzes ist es, aus der Ver-
 35 antwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf
 36 dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Niemand
 37 darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen,
 38 Leiden oder Schäden zufügen.“
 39 TierSchG § 2, § 2a beschreibt darüber hinaus die Anfor-
 40 derungen an die Haltung.
 41 Foto- und Filmdokumente über die industrielle Käfig-
 42 mast sind bei den großen deutschen Tierschutzverbän-
 43 den einzusehen.

44 **Ge-05**
 45 **AK Tierschutz SPD-Bezirk Hannover**
 46

47 **Artgerechte Haltung von Schweinen**

48 Forderung: Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung
 49 soll im Hinblick auf Schweine im Abschnitt 5 unter
 50 Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten Argu-
 51 mente geändert werden:

- 52 1. Den Tieren ist deshalb deutlich mehr Platz zu
- 53 gewähren, als dies von der jetzigen Verord-
- 54 nung zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere
- 55 und anderer zur Erzeugung tierischer Produkte
- 56 gehaltener Tiere bei ihrer Haltung (Tierschutz-

**Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion und
 die Bundestagsfraktion**

- 1 Nutztierhaltungsverordnung – TierSchNutztV)
 2 vorgesehen ist.
- 3 Die Unterbringung auf (Teil-) Spaltenböden wird
 4 den Bedürfnissen der Schweine als Paarhufer in kei-
 5 ner Weise gerecht, sondern dient allein ökonomi-
 6 schen Vorteilen. Sie ist Ursache für Fundamentpro-
 7 bleme und Klauenerkrankungen. Dies zeigt sich be-
 8 sonders bei den „Abgangsursachen“ von Sauen.
- 9 2. Den Schweinen muss zumindest in Teilbereichen
 10 weicher Untergrund zur Verfügung gestellt wer-
 11 den. Der Geruchssinn der Schweine ist der Art ihrer
 12 Nahrungssuche entsprechend sehr gut ausgebil-
 13 det. Sie können feinste Unterschiede und gerings-
 14 te olfaktorische Reize wahrnehmen, besser noch als
 15 Hunde. Deshalb stellt die Haltung über den eigen-
 16 en Exkrementen eine hohe Belastung dar. Schweine
 17 sind deshalb von Natur aus sehr reinlich und le-
 18 gen ihre Kotplätze so an, dass sie durch sie nicht be-
 19 einträchtigt werden.
- 20 3. Schweine müssen so gehalten werden, dass sie Kot-
 21 und Ruhebereiche voneinander trennen können
 22 (was bei den gesetzlich erlaubten, praxisüblichen
 23 Ställen nicht möglich ist). Optimal ist die Freiland-
 24 haltung. Die intensive Auslaufhaltung mit leicht
 25 eingestreutem Stallquartier und Zugang zu einem
 26 gut eingestreuten Außenbereich (System Neuland)
 27 ist ein akzeptierbarer Kompromiss.
- 28 Schweine sind allein schon wegen ihres ausgepräg-
 29 ten, mit der Nahrungsaufnahme assoziierten Such-
 30 und Erkundungsverhaltens außerordentlich aktiv.
 31 In der Natur halten die Tiere beim Fressen zwei
 32 bis drei Meter Abstand zueinander ein, weil es
 33 sonst aus Futterneid zu Rangeleien kommt. Gehal-
 34 tene Schweine werden deshalb mittels Blenden im
 35 Fressstand relativ ruhig gehalten. Mit der Abruffüt-
 36 terung soll der Futterneid durch Vereinzelung ohne
 37 Rücksichtnahme auf das arttypische gemeinsame
 38 Fressen ausgeschaltet werden.
- 39 4. Bei der Verwendung von Abruffutterautomaten
 40 sollten zumindest mehrere Stationen im Abstand
 41 von ca. drei Metern zueinander aufgestellt werden.
 42 Auch das Nestbauverhalten der Sauen ist mit ho-
 43 her Aktivität verbunden und führt mangels ausrei-
 44 chender Gelegenheit zum Ausleben zu Verhaltens-
 45 stereotypen (z. B. Stangenwetzen). Außer dem Feh-
 46 len von Nestbaumaterial wird natürliches Verhal-
 47 ten durch die euphemistisch als „Ferkelschutzkör-
 48 be“ bezeichneten Abferkelstände verhindert. Gera-
 49 dezu paradox ist, dass auch die in diesen Vorrich-
 50 tungen fixierten Tiere als „ferkelführende“ Sauen
 51 bezeichnet werden.
- 52 5. Sauen brauchen in den Abferkelbuchten freie
 53 Bewegungsmöglichkeit durch einen ausreichend
 54 großen Bereich, in dem sie ihr Nest anlegen können.
 55 Deshalb brauchen auch Sauen Stroh. Aufgehängte
 56 Jutesäcke sind kein geeignetes Material. Die Abfer-
 57 kelbuchten sind entsprechend zu gestalten, damit
 58 die Sau auch hier in Kotbereich und Ruhezone
 59 trennen kann. Ferkelnester, die mit Lampen oder

- 1 Fußbodenheizungen ausgestattet sind, erübrigen
 2 sich dann.
 3 Besonders problematisch ist die Haltung der Zucht-
 4 gruppen, wenn „Umrauscher“ hinzukommen, weil
 5 durch sie die stabile Rangordnung erschüttert wird.
 6 Die Haltung in Kastenständen dient nicht dem Tier-
 7 wohl, sondern ausschließlich der Vermeidung öko-
 8 nomischer Verluste durch Umrauschen.
 9 6. Umrauscher dürfen nicht in bestehende Sauen-
 10 gruppen gelassen, sondern müssen gesondert ge-
 11 halten werden.

12 **Begründung**

13 Begründung: Die angeborenen Verhaltensweisen der
 14 Schweine dienen dem Arterhalt und dem eigenen Über-
 15 leben. Das Verhalten der Zuchtschweine gleicht wei-
 16 testgehend dem der Wildschweine (Stolba und Wood-
 17 Gush, 1968). Dies ist entsprechend der Forderungen des
 18 Tierschutzgesetzes, insbesondere der §§ 1 und 2, bei
 19 der Abfassung von Haltungsvorschriften zu berücksich-
 20 tigen. Das war bisher nicht der Fall. Auf keinen Fall darf
 21 es zur Überforderung des Adaptationsvermögens des
 22 Einzeltieres an das Haltungssystem kommen. Die Un-
 23 terordnung der ethologischen Bedürfnisse der Tiere un-
 24 ter die ökonomischen Interessen der Halter ist nicht ge-
 25 rechtfertigt, wenn die ethologischen Grundbedürfnisse
 26 der Tiere derart eingeschränkt werden, dass daraus Lei-
 27 den resultieren kann oder offensichtlich resultiert.

28 Die praxisübliche Engaufstallung verhindert das Aus-
 29 weichen in einem Abstand, mit dem schwächere, d. h.
 30 rangniedrigere Tiere den überlegenen, also ranghöhe-
 31 ren Tieren ihre Unterordnung zum Ausdruck bringen.
 32 Beim praxisüblichen, zu geringen Platzangebot kommt
 33 es daher zu in Dauer und Schwere in der freien Natur
 34 nicht vorkommenden Konflikten. Ganz fatal wirkt sich
 35 die Kastenstandhaltung aus, in dem die Sauen nur ste-
 36 hen oder liegen können, also zur Untätigkeit verdammt
 37 sind. Deshalb ist zu fordern, dass zumindest die Vor-
 38 gaben des Magdeburger Verwaltungsgerichts und des
 39 Leipziger Bundesverwaltungsgerichts umgehend um-
 40 gesetzt werden. Das allein reicht aber nicht aus, um den
 41 Bedürfnissen der Sauen gerecht zu werden.

42 **Empfehlung:**

43 Der Gesetzgeber sollte die Forderungen der Bürger nach
 44 artgerechter Haltung von Schweinen durchsetzen, um
 45 die Schweinehalter aus der „Schusslinie“ öffentlicher
 46 Kritik zu nehmen. Hierzu sollte sich Deutschland mit
 47 den Niederlanden, Dänemark und Schweden zusam-
 48 menschießen.

49 **Literatur:**

50 Richter, Thomas (Hrsg.) u.a., Krankheitsursache Hal-
 51 tung, Enke-Verlag
 52 ders., Haltung von Sauen in Bewegungs-
 53 buchten, PPT: [http://www.alb-bw.uni-](http://www.alb-bw.uni-hohenheim.de/2teOrdnung/Tagungen-pdf-Dateien/2014/Richter.pdf)
 54 [hohenheim.de/2teOrdnung/Tagungen-pdf-](http://www.alb-bw.uni-hohenheim.de/2teOrdnung/Tagungen-pdf-Dateien/2014/Richter.pdf)
 55 [Dateien/2014/Richter.pdf](http://www.alb-bw.uni-hohenheim.de/2teOrdnung/Tagungen-pdf-Dateien/2014/Richter.pdf)
 56 Ziron, Dr. Martin, Klauengesundheit bei Zuchtsauen
 57 Stolba A. and Wood-Gush D.G.M., 1989. The behaviour
 58 of pigs in a semi-natural environment. Animal Pro-
 59 tection Nr. 48, 419 – 425. Zusammenfassung unter:

1 [https://www.cambridge.org/core/journals/animal-](https://www.cambridge.org/core/journals/animal-science/article/the-behaviour-of-pigs-in-a-semi-natural-environment/11912001B152620D9273960E7B8FDD8E)
2 [science/article/the-behaviour-](https://www.cambridge.org/core/journals/animal-science/article/the-behaviour-of-pigs-in-a-semi-natural-environment/11912001B152620D9273960E7B8FDD8E)
3 [of-pigs-in-a-semi-natural-](https://www.cambridge.org/core/journals/animal-science/article/the-behaviour-of-pigs-in-a-semi-natural-environment/11912001B152620D9273960E7B8FDD8E)
4 [environment/11912001B152620D9273960E7B8FDD8E](https://www.cambridge.org/core/journals/animal-science/article/the-behaviour-of-pigs-in-a-semi-natural-environment/11912001B152620D9273960E7B8FDD8E)
5 Compassion in world farming, Pig Farming in the
6 EU (Briefing): [www.ciwf.org.uk/media/3818865/eu-](http://www.ciwf.org.uk/media/3818865/eu-pig-farming-briefing.pdf)
7 [pig-farming-briefing.pdf](http://www.ciwf.org.uk/media/3818865/eu-pig-farming-briefing.pdf)

8 **Ge-06**

9 **AK Humanisten und Säkulare SPD-Bezirk Hannover**

10

11 **Ablösung von Staatsleistungen an die Religionsgesell-**
12 **schaften**

13 Der SPD-Bezirk Hannover wird aufgefordert, sich dafür
14 einzusetzen, dass von den zuständigen Stellen geprüft
15 wird, wie die Ablösung der auf Gesetz, Vertrag oder
16 anderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an
17 die Religionsgemeinschaften zeitnah erfolgen kann.

18

19 **Begründung**

20 In der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 (Artikel
21 138), sowie im Grundgesetz vom 23. Mai 1949 (Artikel
22 140) wird gefordert, dass die auf Gesetz, Vertrag oder
23 besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen
24 an die Religionsgemeinschaften abzulösen sind.

25 Dieser Verfassungsauftrag ist bisher nicht umgesetzt
26 worden! Gerade aus Sicht vieler nichtreligiöser Men-
27 schen ist nicht einzusehen, dass verfassungswidrig seit
28 über 200 Jahren einige Religionsgemeinschaften vom
29 Staat auf Kosten aller SteuerzahlerInnen gesponsert
30 werden. Aus diesem Grund hat verfassungsgemäß zeit-
31 nah eine Ablösung der Staatsleistungen zu erfolgen. Bei
32 der Prüfung der Ablösungssumme soll nicht nur einsei-
33 tig die Forderung der Religionsgemeinschaften erfüllt
34 werden, sondern es ist genau zu prüfen, inwieweit die-
35 se juristisch begründet sind. Hierbei wäre auch zu prü-
36 fen, ob in der Vergangenheit eine Überzahlung erfolgt
37 ist und damit von Seiten des Staates Forderungen an die
38 Religionsgemeinschaften zu stellen sind.

Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

39 **Ge-07**

40 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**

41

42 **Pelz auch als solchen einfach erkennbar kennzeichnen**
43 **und bei den Hersteller entsprechende Kontrollen**
44 **durchführen**

45 Die Kennzeichnung, dass tierisches Material für das
46 Kleidungsstück verwendet wurde, muss gut sichtbar
47 und deutlich von den übrigen Hinweisen auf dem
48 Etikett abgehoben sein. Ferner müssen die entspre-
49 chenden Stellen viel häufiger und energischer die
50 Umsetzung dieser Hinweispflicht verfolgen.

51

52 **Begründung**

Annahme

1 Laut einer EU-Verordnung müssen Kleidungsstücke, die
 2 Pelz enthalten, entsprechend mit dem Hinweis „Enthält
 3 nichttextile Teile tierischen Ursprungs“ gekennzeichnet
 4 sein.
 5 Der Umsatz in der Pelzindustrie stieg in den letzten Jah-
 6 ren um rund 44 Prozent auf rund 14 Mrd. Euro, aber im-
 7 mer mehr Verbraucher*Innen verzichten bei bewussten
 8 Kaufentscheidungen auf Pelz – wie passt das zusam-
 9 men?
 10 Die Lösung ist einfach: Hersteller etikettieren ihre Ware
 11 bewusst falsch. Für die beliebten Fellbommel an Müt-
 12 zen oder die Krägen an Jacken und Westen nutzen sie
 13 echte Pelze. Diese stammen entweder von Marderhun-
 14 den, die gerade in China unter qualvollsten Bedingun-
 15 gen gehalten werden, oder von Nerzen, Füchsen oder
 16 Katzen. Gerade die Qual-Haltung der Marderhunde in
 17 China ist so spottbillig, dass diese Pelze billiger sind als
 18 synthetisch hergestellte Pelze.
 19 Um der stetig wachsende Nachfrage an günstiger mo-
 20 derner Kleidung nachzukommen und dabei eine mög-
 21 lichst hohe Gewinnmarge zu erzielen, verwenden die
 22 Hersteller dann eben diese Echt-Pelze, ohne diese als
 23 solche auszugeben, wie Stichproben immer wieder be-
 24 legen. Ferner ist die vorgeschriebene Kennzeichnung
 25 „Enthält nichttextile Teile tierischen Ursprungs“ erst
 26 mit einem sehr genauen Blick in das Etikett zu erkennen.
 27 Bei einem schnellen Kauf in einem vollen Laden sollte
 28 aber ein kurzer Blick auf das Etikett genügen, ob zu er-
 29 kennen, ob hier Echt- oder Kunstpelz verwendet wurde.

30 **Ge-08**
 31 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**
 32
 33 **Generelles Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen**
 34 Auf deutschen Autobahnen gilt nach der Autobahn-
 35 Richtgeschwindigkeitsverordnung die Richtgeschwin-
 36 digkeit von 130 km/h für Personenkraftwagen, sofern
 37 die übrigen Begleitumstände wie Witterung und per-
 38 sönliches Fahrvermögen diese überhaupt zulassen. Dies
 39 ist allerdings keine zulässige Höchstgeschwindigkeit,
 40 sodass auf vielen Abschnitten der Autobahnen kein
 41 Tempo-Limit gilt und entsprechend schneller gefahren
 42 wird, manche würden sagen: gerast wird.
 43 Dadurch entsteht ein sehr breites Spektrum an Ge-
 44 schwindigkeiten, die gefahren werden. Von 80 km/h
 45 bis 300 km/h ist in diesen Bereichen alles möglich und
 46 trifft auch regelmäßig zusammen. Sich dabei nur und
 47 ausschließlich auf die Vernunft der Autofahrer*innen zu
 48 verlassen, um Unfälle und Beinahe-Unfälle zu vermei-
 49 den, funktioniert zwar in den meisten Fällen, ist aber lei-
 50 der nicht immer ausreichend.
 51 Drängler*innen, deren Verhalten schon in den Bereich
 52 der Nötigung nach dem StGB hineinspielt, weil eine
 53 mit 100 km/h fahrende Autofahrerin einen Lkw über-
 54 holt, der Drängeln aber gern mit 220 km/h weiterfahren
 55 möchte, produziert regelmäßig Situationen, die das Au-
 56 tobahnfahren zur Erfahrungen machen, die man sonst

Erledigt

Erledigt durch Beschlussfassung.
 Das Thema Tempolimit 130 wurde bereits auf dem Bun-
 desparteitag 2007 in Hamburg beschlossen, siehe Be-
 schlussdokumentation, Seite 221.
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/beschlussbuch_bundesparteitag_hamburg_2007.pdf

1 nur aus dem Filmen oder von der B4 nach Lüneburg
 2 kennt. Geschwindigkeiten von mehr als 130 km/h pro-
 3 duziert vermehrt Unfälle, die bei den hohen Geschwin-
 4 digkeiten leider auch zu oft tödliche Folgen haben, trotz
 5 der immer besser werden Schutzmaßnahmen in Pkws.
 6 Geschwindigkeiten von mehr als 130 km/h produziert
 7 körperlichen Stress, bei der fahrenden Person und bei
 8 anderen Verkehrsteilnehmern.
 9 Geschwindigkeiten von mehr als 130 km/h schaden der
 10 Umwelt. Der Kraftstoffverbrauch des Pkw steigt, ebenso
 11 wächst der Luftwiderstand und der Schadstoffausstoß
 12 steigt stark an. Im Umkreis von Autobahnen verschlech-
 13 tert sich daher die Luftqualität erheblich, die Konzen-
 14 tration von Kohlenmonoxid ist stellenweise um 24% hö-
 15 her als in der weiteren Umgebung. Geschwindigkeiten
 16 von mehr als 130 km/h erhöhen damit das Risiko ei-
 17 ner Gesundheitsschädigung nicht nur für die Autofah-
 18 rerInnen, sondern auch für Anwohnende an Autobah-
 19 nen. Emissionen wie Lärm und Schadstoffe machen ih-
 20 nen das Leben schwer.
 21 Gleichzeitig sind wir derzeit auf Autobahnen vor allem
 22 zum Gütertransport angewiesen. Akzeptanz in der Be-
 23 völkerung derselben sind daher sehr wichtig, wie man
 24 an Diskussionen zu neuen Autobahnabschnitten sehen
 25 kann.
 26 Um all diese schädlichen Wirkungen möglichst stark zu
 27 minimieren, ohne den Sinn der Autobahnen (schnelles
 28 Vorwärtskommen) vollkommen aus den Augen zu
 29 verlieren, sind § 3 StVO und die übrigen notwendigen
 30 Vorschriften dahingehend zu ändern bzw. zu ergänzen,
 31 dass auf deutschen Autobahnen künftig überall und
 32 ausnahmslos eine zulässige Höchstgeschwindigkeit
 33 von 130 km/h für Personenkraftwagen gilt.
 34

35 **Ge-09**
 36 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**
 37
 38 **Kinderfreundliche Infrastruktur jenseits von Geschlech-**
 39 **terstereotypen**
 40 Wir fordern die geschlechterstereotype Beschilderun-
 41 gen im öffentlichen Raum zu beseitigen. Als Beispiel
 42 und Anlass sind hier Beschilderungen wie „Mutter-
 43 Kind-Parkplatz“ auf öffentlichen Park-Anlagen zu se-
 44 hen. Die Kommunen sollen aber auch aufgefordert wer-
 45 den, Gewerbetreibende zu ähnlichen Umbeschilderun-
 46 gen anzuregen, ggf. durch finanzielle Förderung.
 47 Darüber hinaus sollen Geschlechterstereotype aus der
 48 StVO entfernt werden, wie im Verkehrszeichen 239
 49 „Gehweg“ (Vorschriftszeichen nach Anlage 2 zu §41
 50 StVO).
 51
 52 **Begründung**
 53 Infrastruktur-Maßnahmen die Menschen die Betreu-
 54 ungsverantwortung für Kinder übernehmen sind
 55 ausdrücklich zu begrüßen und sollen auch nach weiter
 56 ausgebaut werden.

Annahme

1 Es darf hierbei jedoch nicht durch Piktogramme wie
2 (Frau mit Kind) oder Bezeichnungen wie „Mutter-Kind-
3 Parkplatz“ ein Geschlechterstereotyp reproduziert wer-
4 den, dass Frauen für die Kinderbetreuung alleinig ver-
5 antwortlich sind.
6 Wenn auch sehr unterschwellig drängt dies Frauen die-
7 se wichtige Aufgabe als alleinige Verantwortung auf
8 und drängt zugleich Väter die eben diese Verantwor-
9 tung unternehmen aus dieser Rolle heraus.

10 **Ge-10**
11 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**
12
13 **Den Tag der Befreiung endlich feiern!**
14 Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, den Tag der
15 Befreiung vom Joch des Nationalsozialismus (8. Mai)
16 als gesetzlichen Feiertag zu etablieren und alle damit
17 zusammenhängenden Maßnahmen und Vorteile ein-
18 zuführen.
19

Annahme

20 **Ge-11**
21 **SPD-Unterbezirk Region Hannover**
22
23 **Kirchenaustritte vereinfachen – Der Kirchenaustritt**
24 **darf nicht mit einer Gebühr belegt werden**
25 Die Gebühr (zwischen 10,00 und 31,00 Euro), die mo-
26 mentan in allen Bundesländer (Ausnahmen Bremen
27 und Brandenburg) beim Kirchenaustritt erhoben wird,
28 muss mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden.
29
30 **Begründung**
31 Die Kirchensteuer an sich stellt bereits eine Unterstüt-
32 zung der Kirchengemeinden durch den Staat dar, die
33 der Trennung von Staat und Kirche widerspricht.
34 Der Austritt aus der Kirche darf allerdings unter gar kei-
35 nen Umständen mit einer Gebühr belegt werden. Mo-
36 mentan kostet der Austritt in Niedersachsen 25,00 Eu-
37 ro in Bayern sogar 31,00 Euro. Insbesondere für Mini-
38 jobber*innen oder schlechter Verdienende kann diese
39 Gebühr ausschlaggebend sein, um den Wunsch aus der
40 Kirche auszutreten, nicht nachzukommen. Die Bundes-
41 länder Bremen und Brandenburg zeigen bereits, dass es
42 auch ohne Gebühr geht.

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Gebührenfreier Kirchenaustritt

Die landesrechtlichen Regelungen für die Erhebung ei-
ner Kirchenaustrittsgebühr sind zu ändern. Den Kom-
munen wird empfohlen auf die Erhebung dieser Gebüh-
ren zu verzichten.

Internationales

- 1 I-01
2 AfA SPD-Bezirk Hannover
3
4 **TTIP, CETA, JEFTA und TiSA**
5 Die SPD und ihre Abgeordneten stehen zu den vom Par-
6 teikonvent im September 2014 beschlossenen 14 Punk-
7 ten als Voraussetzungen für die Handelsabkommen
8 TTIP und CETA, die alle gleichermaßen erfüllt werden
9 müssen.
10 CETA wird in der vorliegenden Fassung nicht ratifiziert;
11 die Verhandlungen zum TiSA-Abkommen werden
12 abgebrochen.
13

Erledigt

Erledigt durch Beschluss des SPD-Parteikonvents vom 19. September 2016 in Wolfsburg. Beschlussdokumentation:
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Parteikonvent/Beschlussbuch_Parteikonvent_am_19.September_2016_in_Wolfsburg.pdf

Kommunalpolitik

1 K-01

2 **SPD-Unterbezirk Göttingen**

3

4 **Der ländliche Raum braucht Unterstützung**

5 Der SPD-Bezirksparteitag fordert die SPD-
6 Landesregierung und die SPD-Bundespartei auf,
7 sich für verbesserte Lebensverhältnisse aller Bürgerin-
8 nen und Bürger und vor allem der Kinder im ländlichen
9 Raum einzusetzen. Von besonderer Bedeutung für eine
10 Verbesserung sind die Bereiche Mobilität, Wohnen,
11 Gesundheitsversorgung, Grundschulen und Kinder-
12 tagesstätten als Teilgebiete einer funktionierenden
13 Infrastruktur.

14

15 **Begründung**

16 Seit 1994 ist der Begriff der „gleichwertigen Lebens-
17 verhältnisse“ im Grundgesetz zu finden. Dies bezieht
18 sich auf raumordnerische Vorgaben. Tatsächlich hat
19 sich die Situation im ländlichen Raum u.a. durch den
20 demografischen Wandel und die daraus resultierenden
21 Folgen erheblich zu Ungunsten des ländlichen Raums
22 verändert. Es ist sicher richtig: Förderprogramme zur
23 Stärkung der ländlichen Regionen sind gerade auch in
24 Niedersachsen vorhanden und erfolgreich (genannt sei
25 hier das Südniedersachsenprogramm), aber die Kosten
26 zum Erhalt der bestehenden Infrastruktur steigen kon-
27 tinuierlich, die Einnahmen der kommunalen Haushalte
28 sind jedoch konjunkturabhängig und gerade in den
29 strukturschwachen Gebieten im Vergleich rückläufig.
30 Unser Ziel muss es sein, für alle Bürgerinnen und
31 Bürger und besonders für unsere Kinder gleichwertige
32 Verhältnisse in Niedersachsen zu schaffen.

33 **Mobilität**

34 Die Angebote im ÖPNV sind im ländlichen Raum im We-
35 sentlichen an den Schülerverkehr geknüpft. Im Zuge der
36 zurückgehenden Schülerzahlen wurden sowohl das An-
37 gebot als auch die Taktung der vorhandenen Bus- und
38 Bahnlinien immer weiter reduziert, gleichzeitig sind die
39 Tarife im ländlichen Raum so hoch, dass die Nutzung
40 des ÖPNV insbesondere auch für Arbeitnehmer in vie-
41 len Bereichen unattraktiv ist. Die Landesregierung sei
42 an dieser Stelle noch einmal an die schon beschlossene
43 Übernahme der Kosten für die Kinder in der Sek II und
44 in schulischer Ausbildung erinnert. Kinder, die mit ih-
45 ren Familien abseits der Ober- und Mittelzentren leben,
46 dürfen im Bildungsbereich nicht benachteiligt werden.
47 Die Erkenntnis, dass wir angesichts der zurückgehen-
48 den Bevölkerungszahlen in einem sich als „Bildungs-
49 gesellschaft“ verstehenden Land geradezu verpflichtet
50 sind, jedem Kind eine möglichst gute (Aus-)Bildung an-
51 zubieten, zwingt uns zum Erhalt dieser notwendigen In-
52 frastruktur und einem nutzerfreundlichen Angebot im
53 ÖPNV.

54 **Wohnen**

55 Wenn wir wollen, dass abseits der Zentren die Dörfer le-
56 bendig bleiben, müssen wir Anreize schaffen, dass be-
57 stehende Bausubstanz weiter genutzt wird. Der ländli-

Erledigt

Erledigt durch Beschlussfassung des SPD-
Bezirksparteitages vom 12. September 2015 in Hil-
desheim.

Auf dem genannten Bezirksparteitag wurde der Be-
schluss „LandLebensWert! Unser Aktionsprogramm für
ländliche Räume“ gefasst. Auf dem anschließenden
Landesparteitag am 9. April 2016 in Braunschweig wur-
de dieser Beschluss bestätigt.

Beschlussdokumentation (Seite 50 ff.):

[https://www.spdnds.de/wp-content/uploads/sites/
77/2017/05/beschlussbuch_lpt_2016_final.pdf](https://www.spdnds.de/wp-content/uploads/sites/77/2017/05/beschlussbuch_lpt_2016_final.pdf)

Da noch nicht alle Forderungen umgesetzt wurden,
wird zudem empfohlen, den Antrag als Material an die
Landtagsfraktion zu überweisen.

1 che Raum benötigt daher auch ein gut ausgestattetes
 2 Programm „Jung kauft Alt“ zur Unterstützung kommunaler
 3 Programme in Dörfern mit erheblichen Leerständen
 4 finanziert vom Bund und Land. Einzelne Gemeinden
 5 haben Erfahrungen mit Jung-kauf-Alt in der Höhe
 6 von ein paar Tausend Euro gemacht. Der Ansatz hat sich
 7 bewährt, aber wegen zu geringen Budgets und vor
 8 allem zu niedrigen Förderbeträgen nur in Grenzen. Junge
 9 Familien wollen gern auf dem Land Eigentum erwerben,
 10 die Gebäude sind meist günstig, teuer sind die Modernisierungskosten.
 11 Auch besteht ein hohes Risiko des Wertverlustes bei
 12 Wiederverkauf. Um einen echten Anreize zu schaffen,
 13 müssen Beträge je nach Objekt im 5-stelligen Bereich
 14 in Aussicht gestellt werden.

15 **Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum**

16 Von der Landesregierung sind in den letzten vier Jahren
 17 einige Programme zur Verbesserung der Versorgung im
 18 ländlichen Raum und auch besonders aktuell zur Sanierung
 19 von Krankenhäusern auf den Weg gebracht worden.
 20 Die ambulante Versorgung soll nach den Vorstellungen
 21 der Landesregierung ebenfalls verstärkt werden.
 22 Es muss für jeden Ort in ländlichen Regionen die Erreichbarkeit
 23 der Krankenhäuser und der ambulanten Zentren über
 24 den ÖPNV gewährleistet sein, ebenso muss es politischer
 25 Wille sein, dass die Finanzierung der gesundheitlichen
 26 Vorsorge nicht von den einzelnen ländlichen Kommunen
 27 zu erbringen ist. Angebote der ärztlichen Versorgung
 28 müssen im ländlichen Raum für alle Altersgruppen
 29 verbessert werden. Dazu gehört neben der Betreuung
 30 durch Allgemeinmedizinische Praxen auch eine erkennbare
 31 Facharzttdichte.

32 **Unterstützung der Kommunen bei der Finanzierung der 33 KITAS und Erhaltung bzw. Unterhaltung der Grundschulgebäude**

35 Warum sind die ländlichen Gemeinden im besonderen
 36 Maße finanziell belastet? Zielsetzung auch der ländlichen
 37 Gemeinden ist es, ein möglichst wohnortnahes Angebot
 38 im Bereich der Kindertagesstätten zur Verfügung
 39 zu stellen und eine hohe Qualität zu bieten. Hier liegt
 40 das Problem, denn gerade kleinere Einrichtungen haben
 41 Auslastungsdefizite. Heute hilft es wenig, einen
 42 Halbtagskindergarten von 8-12 Uhr einzurichten. Die
 43 Familien benötigen individuelle Betreuungszeiten von
 44 7 bis 17 Uhr, auch – und gerade – auf dem Land. Wenn
 45 wir weiterhin dem Leben auf dem Land mit Kindern eine
 46 Chance geben wollen, müssen wir hier Instrumente
 47 finden, die Kommunen im ländlichen Raum bei den
 48 laufenden Kosten besser und effektiver unterstützen.
 49 Die angekündigte Übernahme der Elternbeiträge für
 50 das 1. und 2. Kindergartenjahr ist der richtige Schritt
 51 der SPD Niedersachsen, um allen Kindern gleiche
 52 Bildungschancen von Anfang an zu bieten und die
 53 Familien zu entlasten. Die Attraktivität eines Dorfes
 54 – insbesondere für junge Familien – steht und fällt
 55 mit vorhandener Infrastruktur für Betreuung und
 56 Bildung jüngerer Kinder. Deshalb müssen noch
 57 vorhandene kleine Grundschulen in Dörfern oder
 58 Ortsteilen, die relativ weit von Grund- und
 59 Mittelzentren entfernt sind, erhalten werden. Hier
 bei ist es wichtig, dass die Kommunen bei der Erhal-

1 tung und Unterhaltung der Schulgebäude finanziell un-
 2 terstützt werden. Die Kostenübernahme durch das Land
 3 muss sich aber dynamisch den künftigen Kostensteige-
 4 rungen anpassen. Die kommunalen Haushalte müssen
 5 in diesem Bereich entlastet werden, damit die notwen-
 6 digen Angebote und Qualitätsstandards auch im länd-
 7 lichen Raum erhalten bleiben. Der Erhalt dieser Infra-
 8 struktur und besonders die Unterstützung der Kommu-
 9 nen im Bereich der Kindertagesstätten sind von elemen-
 10 tarer Bedeutung für den ländlichen Raum.

11 **K-02**
 12 **SPD-Unterbezirk Göttingen**
 13
 14 **Der ländliche Raum braucht finanziellen Ausgleich für**
 15 **die ihm auferlegten raumordnerischen Festsetzungen**
 16 Der SPD-Bezirksparteitag fordert die SPD-
 17 Landesregierung und die SPD-Bundespartei auf,
 18 die Leistungen des ländlichen Raums durch die Über-
 19 nahme von wichtigen Funktionen anzuerkennen. Neue
 20 Förderprogramme alleine sind nicht zielführend.
 21
 22 **Begründung**
 23 Im Raumordnungsgesetz wird zwischen verdichteten
 24 und ländlichen Räumen unterschieden. Die ländlichen
 25 Räume übernehmen Funktionen für die Verdichtungs-
 26 räume, wie die Wassergewinnung, Naherholung,
 27 Naturschutz, Landwirtschaft und haben damit Be-
 28 schränkungen in der wirtschaftlichen Entfaltung. Hier
 29 besteht der Anspruch auf finanziellen Ausgleich. Zum
 30 Beispiel in der Gemeinde Gleichen in Südniedersachsen
 31 mit einer Gesamtfläche von 128,93 km² ist ein Anteil
 32 von 70 Prozent (ca. 9120 Hektar) der Gemeindefläche
 33 als VR Biotopverbund im LROP ausgewiesen (Natura
 34 2000 Gebiete: Vogelschutzgebiet V 19, FFH Gebiete
 35 Reinhäuser und Göttinger Wald). Ein finanzieller Aus-
 36 gleich wird nicht gewährt, obwohl die gemeindliche
 37 Entwicklung beschränkt ist und z.B. bei Verfahren der
 38 Bauleitplanung erhöhte Kosten entstehen. Bestehende
 39 Förderprogramme sind gut, aber oft nur nutzbar, wenn
 40 die Gemeinden oder Private mit einem hohen Risiko in
 41 Vorleistung gehen.
 42 Für ländliche Gemeinden müssen raumordnerische
 43 Leistungen durch einen finanziellen Ausgleich kompen-
 44 siert werden, damit die Gemeinden auch künftig ihre
 45 Infrastruktureinrichtungen erhalten können, die Kultur-
 46 landschaft sich nachhaltig entwickelt und der Natur-
 47 haushalt geschützt wird.

Erledigt

Erledigt durch Beschlussfassung des SPD-
 Bezirksparteitages vom 12. September 2015 in Hil-
 desheim.
 Auf dem genannten Bezirksparteitag wurde der Be-
 schluss „LandLebensWert! Unser Aktionsprogramm für
 ländliche Räume“ gefasst. Auf dem anschließenden
 Landesparteitag am 9. April 2016 in Braunschweig wur-
 de dieser Beschluss bestätigt.
 Beschlussdokumentation (Seite 50 ff.):
https://www.spdnds.de/wp-content/uploads/sites/77/2017/05/beschlussbuch_lpt_2016_final.pdf
 Da noch nicht alle Forderungen umgesetzt wurden,
 wird zudem empfohlen, den Antrag als Material an die
 Landtagsfraktion zu überweisen.

- 1 **K-03**
 2 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**
 3
 4 **Förderung der planvollen Innenentwicklung in kleineren und mittleren Städten und Gemeinden**
 5
 6 Täglich werden in Deutschland rund 66 Hektar als
 7 Siedlungs- und Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Dies
 8 entspricht einer Flächenneuanspruchnahme – kurz
 9 Flächenverbrauch – von ca. 94 Fußballfeldern (Quelle: BMUB). Dadurch entsteht zunehmende Konkurrenz
 10 zu traditionellen und die typischen Formen der Landschaftsnutzung (Land- und Forstwirtschaft, Erholung
 11 und Tourismus, Natur und Artenvielfalt) wie auch zu anderen auf den Außenbereich angewiesene Nutzungen
 12 (Rohstoffgewinnung, Energieerzeugung). Auf der anderen Seite müssen bestehende innerörtliche Strukturen
 13 der demographischen Entwicklung angepasst werden. Gebäude und Areale stehen z. T. leer oder werden kaum
 14 bzw. teilgenutzt und drohen zu verfallen. Gleichzeitig steigt wegen der kürzeren Wege, des stärker ausgebauten
 15 ÖPNVs, des Freizeitangebots und der Versorgungssituation die Nachfrage nach zentralen Lagen der kleineren
 16 und mittleren Städte. Um bestehende Infrastrukturen bei rückläufiger oder stagnierender Einwohnerentwicklung
 17 zu erhalten bzw. zu modernisieren und dem Flächenverbrauch entgegenzuwirken, bedarf es einer verstärkten
 18 Siedlungsinnenentwicklung.
 19 Dazu muss es auf kommunaler Ebene ein aktives Flächenmanagement geben. Es gilt den örtlichen Gegebenheiten
 20 angepasste langfristig wirkende und nachhaltige Ansätze und Strategien zu entwickeln. Die dafür notwendige
 21 professionelle Begleitung ist aus eigener Verwaltungs- und Finanzkraft der kleineren und mittleren
 22 Gemeinden nicht ohne Weiteres zu stemmen. Bestehende Förderprogramme mit städtebaulicher Wirkung
 23 sind daher so auszurichten bzw. neue so anzulegen, dass vorrangig Umbau, Umnutzung und Rückbau von un-
 24 oder untergenutzter Bausubstanz und entsprechende kommunale Planungen unterstützt werden, u.a. durch:
 25
 26 • Vorrang Modernisierung im Ortskern vor Neubau auf der „grünen Wiese“
 27
 28 • Konzeptentwicklungen für strategisches Leerstandsmanagement
 29
 30 • Einrichtung von Bau- und Leerstandskatastern
 31
 32 • kommunale Flächenmanager für die Kontaktpflege zu Eigentümern, Beratung, Erfassung von Entwicklungstendenzen,
 33 Analyse von Flächenpotentialen, Berichterstattung etc.
 34
 35 • Lenkung der Städtebauförderung in die Innenstädte und Kerne der kleineren und mittleren Städte
 36 und Gemeinden
 37
 38 • Verstärkte Förderungsmöglichkeiten für den Rückbau von Gebäuden und die zeitgemäße
 39 Nachnutzung von Flächen
 40
 41 • Förderung von kommunalem sozialen Wohnungsbau
 42
 43
 44
 45
 46
 47
 48
 49
 50
 51
 52
 53
 54
 55
 56
 57

Erledigt

Erledigt durch Beschlussfassung des SPD-Bezirksparteitages vom 12. September 2015 in Hildesheim.

Auf dem genannten Bezirksparteitag wurde der Beschluss „LandLebensWert! Unser Aktionsprogramm für ländliche Räume“ gefasst. Auf dem anschließenden Landesparteitag am 9. April 2016 in Braunschweig wurde dieser Beschluss bestätigt.

Beschlussdokumentation (Seite 50 ff.):

https://www.spdnds.de/wp-content/uploads/sites/77/2017/05/beschlussbuch_lpt_2016_final.pdf

Da noch nicht alle Forderungen umgesetzt wurden, wird zudem empfohlen, den Antrag als Material an die Landtagsfraktion zu überweisen.

Organisationsfragen

1 **O-01**

2 **SPD-Unterbezirk Hildesheim**

3

4 **Awareness-Baustelle SPD oder auch Einmal Awareness**
5 **für die SPD, bitte!**

6 Wir fordern die Einrichtung von Awareness-Teams, be-
7 stehend aus 2 Menschen von denen mindestens einer
8 eine Frau* ist, in allen SPD-Unterbezirken. Es soll auch
9 die Möglichkeit bestehen, zwei Frauen* als Awareness-
10 Beauftragte zu wählen. Um die Position des Awareness-
11 Teams zu ausdrücken und zu behaupten sollen die Po-
12 sitionen der Awareness-Beauftragten als offizielle Vor-
13 standspositionen in der Bezirkssatzung verankert wer-
14 den.

15 Die Aufgabe des Awareness-Teams soll darin bestehen,
16 eine parteiinterne Anlaufstelle für Sexismus und Diskri-
17 minierung jeder Art zu sein. Sie haben die Aufgabe Ge-
18 noss*innen bei persönlichen Grenzverletzungen zu un-
19 terstützen und für das Thema zu sensibilisieren. Und
20 dies auch auf vertraulicher Basis.

21 Wir fordern außerdem, dass es auf Bezirks- und Lan-
22 desebene regelmäßige Schulungen und Vernetzungs-
23 treffen der Awareness-Teams der SPD-Unterbezirke
24 gibt. Diese sollen die Awareness-Beauftragten nicht
25 nur für ihre Aufgabe aus- und weiterbilden, son-
26 dern ihnen auch das Werkzeug in die Hand ge-
27 ben, Awareness-Schulungsveranstaltungen im eige-
28 nen Unterbezirk (z.B. für Funktionsträger*innen) durch-
29 zuführen. Zudem sollen die Vernetzungstreffen den
30 Awareness-Beauftragten die Möglichkeit geben, in ei-
31 nem vertraulichen die eignen Aufgaben zu thematisie-
32 ren und Erfahrungen auszutauschen.

33 Grundsätzlich sollen diese Veranstaltungen auch
34 für die gewählten und oder benannten Awareness-
35 Beauftragten anderer Gliederungen offen sein

36

37 **Begründung**

38 Auch wenn die Grundwerte der SPD Freiheit, Gleichheit
39 und Gerechtigkeit sind und die Partei für Offenheit und
40 Toleranz steht und stehen will, gibt es doch Diskrimi-
41 nierungen innerhalb der Partei und besonders auch
42 innerhalb der lokalen Strukturen.

43 Dies ist ein Umstand, der gerne abgetan und kleinge-
44 redet wird, über den mensch sich nicht so aufregen
45 soll. Und genau hier liegt das Problem: diese Heran-
46 gehensweise sorgt nicht nur dafür, dass Menschen bei
47 den es zu persönlichen Grenzüberschreitungen gekom-
48 men ist, sich nicht trauen diese zu thematisieren, son-
49 dern dass Menschen, die sich dies trauen, sich bloßge-
50 stellt fühlen und dazu gebracht werden ihre diesbezüg-
51 liche Wahrnehmung anzuzweifeln. Denen somit klar
52 gemacht wird, dass andere entscheiden, wann mensch
53 sich unwohl zu fühlen hat und besonders wann nicht.
54 In einer solchen Situation wird weder der betroffene

Weiterleitung als Material an den Bezirksvorstand

1 Mensch noch seine Wahrnehmung respektiert. Und ge-
2 rade so etwas sollten wir in unserer Partei nicht dul-
3 den. Doch leider handelt es sich um Verhaltensweisen
4 und daraus entstandene Strukturen, die sich über Jahr-
5 zehnte eingeschliffen und so normalisiert haben. So
6 ist zum Beispiel häufig Sexismus zum inoffiziellen Be-
7 standteil der Tagesordnung geworden. Die klingt hart,
8 ist es aber auch. Und es ist ein Problem, dass es über-
9 all gibt, dass gewiss nicht nur auf Arbeitsgemeinschaf-
10 ten beschränkt ist, wie häufig argumentiert wird. Der
11 erste Schritt um unsere Partei zu einer feministischen
12 und diskriminierungsfreien Gemeinschaft zu machen,
13 ist Sexismus und sonstige Diskriminierungen, die von
14 Menschenfeindlichkeit motiviert werden, als ein exist-
15 tentes Problem anzunehmen und den Willen zu zei-
16 gen, dieses zu verändern. Dem müssen dann natürlich
17 auch Taten folgen. Und eine solche erste Tat, die auto-
18 matisch weitere nach sich zieht, ist die Einrichtung von
19 Awareness-Teams.

20 Sie stellen eine Anlaufstelle für alle Mitglieder im Un-
21 terbezirk dar. Unabhängig von der*dem nicht feministi-
22 schen Ortsvereinsvorsitzenden, der*dem Gemeindever-
23 bandsvorsitzenden, die*der findet, dass mindestens 15
24 Jahre Parteierfahrung benötigt werden, um für irgend-
25 etwas gewählt zu werden oder dem Unterbezirksvor-
26 stand, dass Totschlag Argument es ist, dass „wir das ja
27 immer schon so gemacht haben“. So wird die Hemm-
28 schwelle, eigene Grenzverletzungen (vertraulich) anzu-
29 sprechen um ein vielfaches gesenkt und die betroffene
30 Person kann sich sicher sein Unterstützung zu erhalten
31 anstatt nur einem müden Lächeln.

32 Die Aus- und Weiterbildung sowie die Vernetzung der
33 Awareness-Teams stellt zudem einen wichtigen Bau-
34 stein für die erfolgreiche Arbeit dieser dar. Solche
35 Bildungs- und Vernetzungsveranstaltungen sorgen da-
36 für, dass die Teams gut auf ihre Aufgabe vorbereitet
37 werden und während ihrer Tätigkeit Weiterbildungen
38 erhalten. Auch die Vernetzung ist unverzichtbar, da die
39 Teams so die Möglichkeit bekommen sich über ihre Er-
40 fahrungen auszutauschen, zu reflektieren was gut läuft
41 und was besser laufen könnte. Sie bekommen in einem
42 vertraulichen und ungezwungenen Rahmen die Mög-
43 lichkeit ein solch sensibles Thema zu diskutieren, ohne
44 den Druck zu haben, dass sie in dem Moment eine Re-
45 chenschaft ablegen müssten.

Rechts- und Innenpolitik

1 R-01

2 **SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**

3

4 **Aufstockung des polizeilichen Personals zur verstärkten**
5 **Überwachung des fließenden Verkehrs**

6 Die besten Verkehrsge- und -verbote, um den Straßen-
7 verkehr möglichst gefahrarm und sicher zu gestalten,
8 nützen wenig, wenn zu wenige Polizist*innen vorhan-
9 den sind, um regelmäßige Kontrollen durchzuführen
10 und die Verkehrsteilnehmer*innen so auf Fehlverhal-
11 ten hinzuweisen. Bestimmte Kontrollen müssen häu-
12 fig durchgeführt werden, um die Menschen auf Fehl-
13 verhalten hinzuweisen und so zu einer Verhaltensän-
14 derung beizutragen. Dazu gehören beispielsweise Kon-
15 trollen bzgl. der zulässigen Höchstgeschwindigkeit und
16 der Handynutzung während des Autofahrens.

17 Auch Lastkraftwagen bzw. deren Fahrer*innen müssen
18 stärker im Hinblick auf Ladungssicherheit und Lenk-
19 und Ruhezeiten der Fahrenden kontrolliert werden. Im-
20 mer wieder geschehen Unfälle durch übermüdete Lkw-
21 FahrerInnen, bei denen dann oft die Insassen der weite-
22 ren unfallbeteiligten Personenkraftwagen zu Schaden
23 kommen. Hierbei ist aber zusätzlich zu berücksichtigen,
24 dass an den großen Verkehrsadern des Güterverkehrs
25 eine entsprechende und angemessene Anzahl von Lkw-
26 Parkplätzen zu Verfügung steht.

27 Um diesen Anforderungen zusätzlich zum übrigen Po-
28 lizeidienst gerecht zu werden, müssen mehr Polizis-
29 tInnen eingestellt werden. Entsprechende Mittel sind
30 daher im niedersächsischen Landeshaushalt bzw. Bun-
31 deshaushalt bereitzustellen. Notfalls muss bei dieser,
32 durchaus Länderübergreifenden Aufgabe, der Bund an
33 der Finanzierung beteiligt werden. Entsprechende Mög-
34 lichkeiten sind zu prüfen.

35 Nur intensivere Kontrollen lassen sich bzgl. der oben
36 aufgeführten Gefährdungen nachhaltige Verhaltens-
37 änderungen bei der Verkehrsteilnehmenden erreichen.

38

**Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion und
die Bundestagsfraktion**

Umweltpolitik

1 U-01

2 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

3

4 **Kein Abschieben der Verantwortung für Altlasten aus**
5 **ehemaligen Öl- und Bohrschlammgruben**

6 Schon seit über 150 Jahren wird in Niedersachsen Erdöl-
7 und Erdgas gefördert. Von Beginn an wurden Gruben
8 zur Ablagerung von Grabungs – oder Bohrrückständen
9 eingerichtet, die als Anlagen des Bergbaus unter der
10 Aufsicht der Bergbehörden standen. Etliche dieser Gru-
11 ben stehen derzeit unter Altlastenverdacht. Die Bergbe-
12 hörden sehen sich hierfür nicht mehr in der Zustän-
13 digkeit, obwohl eine Beendigung der Bergaufsicht oft-
14 mals weder dokumentiert noch nach außen kommuni-
15 ziert worden ist.

16 Für die notwendigen weiteren Schritte zur Bewältigung
17 der Altlastenproblematik sollen nun die Behörden vor
18 Ort verantwortlich sein. Zwar gibt es inzwischen ei-
19 ne Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen
20 und dem Wirtschaftsverband Erdöl und Erdgasgewin-
21 nung zur Förderung von Untersuchungen von Altlast-
22 verdachtsflächen, die Frage, wer die Kosten für etwaige
23 Bodensanierungen zu tragen hat, ist jedoch offen ge-
24 blieben. Verantwortliche zu ermitteln und heranzuzie-
25 hen dürfte auf Grund der verstrichenen Zeit erhebliche
26 Probleme und Widerstände verursachen.

27 Das Land muss zu seiner Verantwortung für die aufge-
28 lassenen Anlagen und Bohrschlammgruben stehen, die
29 unter Aufsicht der Bergbehörden entstanden sind und
30 betrieben wurden. Es müssen nicht nur Mittel für die
31 erforderlichen Untersuchungen bereit gestellt werden,
32 sondern auch die Sanierungskosten übernommen wer-
33 den, wenn der Verursacher der Bodenverunreinigung
34 nicht mehr ermittelt oder aus anderen Gründen nicht
35 herangezogen werden kann.

36

Annahme in der Fassung der Antragskommission**Altlastensanierungsfonds schaffen**

Es müssen nicht nur Mittel für die erforderlichen Un-
tersuchungen aus Altlasten ehemaliger Öl- und Bohr-
schlammgruben bereit gestellt werden, sondern auch
die Sanierungskosten übernommen werden, wenn der
Verursacher der Bodenverunreinigung nicht mehr er-
mittelt oder aus anderen Gründen nicht herangezogen
werden kann. Dazu ist ein entsprechender Altlastensa-
nierungsfonds einzurichten.

Wirtschaftspolitik

1 **W-01**2 **SPD-Unterbezirk Schaumburg**

3

4 **Für den trassennahen Ausbau in Schaumburg – Für den
5 Erhalt der Natur und Lebensqualität**

6 In die SPD Wahlprogramme zur Bundes- und Landtagswahl und andere öffentliche Äußerungen und
7 Publikationen soll zum Thema „Investition in die Verkehrsinfrastruktur und Mobilität“ die Ablehnung des
8 trassenfernen Neubaus der Bahnstrecke Hannover – Bielefeld aufgenommen werden.
9
10
11

12

13 **Begründung**

14 Die einzelnen Projekte des Bundesverkehrswegeplans
15 2030 gilt es nun zügig in Angriff zu nehmen. Im Besonderen und mit absoluter Priorität gilt dies für die
16 Engpassbeseitigung für die Bahnstrecke Hannover-Bielefeld-Dortmund. Die Engpassbeseitigung ist durch
17 den Ausbau der Bestandsstrecke zwischen Haste und Löhne zu realisieren.
18
19

20 Eine Neubaustrecke würde Mensch und Natur in einem nicht vertretbaren Ausmaß belasten.
21

22 Mobilität heißt auch, dass der Fernverkehr schneller die Metropolen verbindet: Dies ist durch einen Ausbau der
23 Bestandsstrecke mit Hilfe modernster technischer Leittechnik möglich.
24
25

26 Die Kosten für eine Neubautrasse sind um ein Vielfaches höher als die Kosten für die Ausbaustrecke.
27
28

29 Der Verbrauch von landwirtschaftlichen Flächen ist extrem hoch und vernichtet landwirtschaftliche Existenzen.
30
31

32 Der weitere Eingriff in die Natur ist so hoch, dass der Einfluss auf Flora und Fauna nicht aufgefangen oder ausgeglichen werden kann.
33
34

35 Nur durch den Ausbau der Bestandsstrecke werden betroffene Menschen, durch den Bau von Lärmschutzmaßnahmen nach neuestem technischem Stand, entlastet.
36
37
38 Durch einen Neubau werden mehr Menschen belastet.
39

40 Die Naherholung der Menschen in der Region Schaumburg wird zerstört oder stark belastet, z.B. die Bückeburger Niederung.
41
42

43 Außerdem würden die Tunnelsysteme ganze Ortslagen unterqueren müssen, die damit die Grundwasserverhältnisse einer ganzen Region nachteilig beeinträchtigen.
44
45
46

47 Das Bundesverkehrsministerium hat sich mit seinem Vorschlag auch eine Neubautrasse umzusetzen, nicht nur über den erklärten Willen der Bevölkerung hinweggesetzt, sondern auch über den Protest aller Kommunen, Landkreise und politischen Gremien.
48
49
50

51 Die Bevölkerung der betroffenen Gemeinden stimmt mit großer Mehrheit einer notwendigen Ausbaulösung zu, erwartet dabei aber über das Standardmaß hinausgehende Schallschutzmaßnahmen.
52
53
54
55

Annahme in der Fassung der Antragskommission**Trassenneubau ablehnen – Engpassbeseitigung realisieren**

Der SPD-Bezirk Hannover lehnt den trassenfernen Neubau der Bahnstrecke Bielefeld – Hannover ab. Die Engpassbeseitigung auf der Bahnstrecke Hannover – Bielefeld – Dortmund ist durch den Ausbau der Bestandsstrecke zwischen Haste und Löhne zu realisieren.

1 **W-02**

2 **SPD-Unterbezirk Region Hannover**

3

4 **Technologischen Wandel sozial gestalten**

5 Der Parteivorstand wird aufgefordert, im Leitantrag für
6 die Bundestags-Wahl 2017 und im Wahlprogramm fol-
7 gende Aussagen zu berücksichtigen:

8 Die weltweiten Entwicklungen in modernen Techno-
9 logien einschließlich der Digitalisierung und die da-
10 mit verbundenen Veränderungen in der Arbeitswelt, die
11 auch zum Abbau von Arbeitsplätzen und Verschlech-
12 terungen der Arbeitsbedingungen führen können, haben
13 zu massiven Verunsicherungen und Ängsten der betref-
14 fenden Menschen auch in Deutschland geführt. So wer-
15 den z.B. in ganzen Landstrichen durch die Entwicklung
16 zur durchaus sinnvollen Elektromobilität viele Arbeits-
17 plätze in der heutigen Form hinfällig. Neue qualifizierte
18 Arbeitsplätze erfordern ständige Umschulung.

19 In Niedersachsen verändert die Neuausrichtung des
20 VW-Konzerns die gesamte Produktionsstruktur des
21 Werkes und der Zuliefererindustrie.

22 Diesen Prozess, der in den nächsten Jahrzehnten die
23 gesamte Ökonomie und die Lebensverhältnisse verän-
24 dern wird, muss man sozial gestalten wollen, so dass
25 die Kraft aller Menschen in die produktive Gestaltung
26 und nicht in Protestreaktionen fließt, die durch politi-
27 sche Scharlatane ausgenutzt werden.

28 Die SPD ist aufgerufen, sich dieser realen Sorgen der
29 Menschen anzunehmen und glaubwürdige Lösungen
30 und Aktivitäten anzubieten.

31 1. Die SPD ist Vertreterin der Interessen der Arbeit-
32 enden und Arbeitssuchenden Menschen und setzt sich
33 für die existentiellen Probleme aller Bürgerinnen
34 und Bürger ein, auch wenn sie noch nicht erwerbs-
35 tätig oder es nicht mehr sind.

36 2. Die SPD unterstützt die Gewerkschaften in ihrem
37 Kampf für gerechte und zukunftsweisende Arbeits-
38 bedingungen und begleitet sie durch politische Ent-
39 scheidungen, sofern dies notwendig ist (Mindest-
40 lohn, Renten- und Krankenversicherungen, Arbeits-
41 zeitregelungen, Renten u.ä.).

42 3. Die SPD achtet darauf, dass sich die Entwicklung
43 moderner technologiebasierter Arbeitsplätze unter
44 der Perspektive guter und sicherer Arbeit vollzieht
45 und nicht nur unter profitmaximierender Perspek-
46 tive geschieht.

47 4. Die SPD achtet bei der Entwicklung und Förderung
48 technologischer Neuerungen in der Arbeitswelt auf
49 flexible und menschengerechte, einschließlich ge-
50 schlechtergerechter Bedingungen wie Arbeitszei-
51 ten, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkei-
52 ten, etc..

53 Das gilt insbesondere bei den anstehenden Verän-
54 derungen bei der Elektromobilität, der Automati-
55 sierung der Produktionsabläufe und digitalisierter
56 Arbeit (Industrie 4.0).

57 5. Die SPD achtet bei der weiteren Internationalisie-
58 rung des Freihandels und Globalisierungsfolgen auf

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Technologischen Wandel sozial gestalten

Die weltweiten Entwicklungen in modernen Techno-
logien einschließlich der Digitalisierung und die da-
mit verbundenen Veränderungen in der Arbeitswelt, die
auch zum Abbau von Arbeitsplätzen und Verschlech-
terungen der Arbeitsbedingungen führen können, haben
zu massiven Verunsicherungen und Ängsten der betref-
fenden Menschen auch in Deutschland geführt. So wer-
den z.B. in ganzen Landstrichen durch die Entwicklung
zur durchaus sinnvollen Elektromobilität viele Arbeits-
plätze in der heutigen Form hinfällig. Neue qualifizierte
Arbeitsplätze erfordern ständige Umschulung.

In Niedersachsen verändert die Neuausrichtung des
VW-Konzerns die gesamte Produktionsstruktur des
Werkes und der Zuliefererindustrie.

Diesen Prozess, der in den nächsten Jahrzehnten die
gesamte Ökonomie und die Lebensverhältnisse verän-
dern wird, muss man sozial gestalten wollen, so dass
die Kraft aller Menschen in die produktive Gestaltung
und nicht in Protestreaktionen fließt, die durch politi-
sche Scharlatane ausgenutzt werden.

Die SPD ist aufgerufen, sich dieser realen Sorgen der
Menschen anzunehmen und glaubwürdige Lösungen
und Aktivitäten anzubieten.

1. Die SPD ist Vertreterin der Interessen der Arbeit-
enden und Arbeitssuchenden Menschen und setzt sich
für die existentiellen Probleme aller Bürgerinnen
und Bürger ein, auch wenn sie noch nicht erwerbs-
tätig oder es nicht mehr sind.

2. Die SPD unterstützt die Gewerkschaften in ihrem
Kampf für gerechte und zukunftsweisende Arbeits-
bedingungen und begleitet sie durch politische Ent-
scheidungen, sofern dies notwendig ist (Mindest-
lohn, Renten- und Krankenversicherungen, Arbeits-
zeitregelungen, Renten u.ä.).

3. Die SPD achtet darauf, dass sich die Entwicklung
moderner technologiebasierter Arbeitsplätze unter
der Perspektive guter und sicherer Arbeit vollzieht
und nicht nur unter profitmaximierender Perspek-
tive geschieht.

4. Die SPD achtet bei der Entwicklung und Förderung
technologischer Neuerungen in der Arbeitswelt auf
flexible und menschengerechte, einschließlich ge-
schlechtergerechter Bedingungen wie Arbeitszei-
ten, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkei-
ten, etc..

Das gilt insbesondere bei den anstehenden Verän-
derungen bei der Elektromobilität, der Automati-
sierung der Produktionsabläufe und digitalisierter
Arbeit (Industrie 4.0).

5. Die SPD achtet bei der weiteren Internationalisie-
rung des Freihandels und Globalisierungsfolgen auf
die Interessen der Arbeitenden und der Umwelt.

6. Die SPD setzt sich für Weiterbildung und Neuquali-
fizierung ein, um bei Abbau, Wegfall oder Verlage-
rung von Arbeitsplätzen ins Ausland (EU oder Nicht-

- 1 die Interessen der Arbeitenden und der Umwelt.
 2 6. Die SPD setzt sich für Weiterbildung und Neuquali-
 3 fizierung ein, um bei Abbau, Wegfall oder Verlage-
 4 rung von Arbeitsplätzen ins Ausland (EU oder Nicht-
 5 EU- Länder) den arbeitenden eine reale Perspektive
 6 für ein weiteres Arbeitsleben zu eröffnen.
 7 7. Die SPD dringt darauf, dass die gesetzlichen Rah-
 8 menbedingungen, die Diskriminierung am Arbeits-
 9 platz aufgrund von Geschlecht, Alter, Herkunft oder
 10 Behinderung verbieten, auch tatsächlich durchge-
 11 setzt werden.
 12 8. Die SPD nimmt Einfluss auf die Richtung und
 13 Qualität der Entwicklung durch angemessene
 14 Forschungs- und Technologieförderung.

- EU- Länder) den arbeitenden eine reale Perspektive
 für ein weiteres Arbeitsleben zu eröffnen.
 7. Die SPD dringt darauf, dass die gesetzlichen Rah-
 menbedingungen, die Diskriminierung am Arbeits-
 platz aufgrund von Geschlecht, Alter, Herkunft oder
 Behinderung verbieten, auch tatsächlich durchge-
 setzt werden.
 8. Die SPD nimmt Einfluss auf die Richtung und
 Qualität der Entwicklung durch angemessene
 Forschungs- und Technologieförderung.

15 **W-03**
 16 **AfA SPD-Bezirk Hannover**

17
 18 **Öffentliche länderbezogene Berichterstattung (public**
 19 **country by country reporting)**
 20 Wir fordern eine globale, umfassende, vergleichbare,
 21 öffentliche länderbezogene Berichterstattung der
 22 Unternehmen in allen Ländern. Auf diese Weise kann
 23 sichtbar gemacht werden, welche Gewinne Konzerne
 24 in den Ländern erwirtschaften und wie viel Steuern sie
 25 zahlen.

26
 27 **Begründung**
 28 Die Steuervermeidung auf Ebene der Unternehmen
 29 enthält den öffentlichen Haushalten Jahr für Jahr
 30 Summen in Milliardenhöhe vor, führt zu einer höheren
 31 Steuerbelastung für Bürgerinnen und Bürger und ver-
 32 zerrt den Wettbewerb zulasten jener Unternehmen, die
 33 ihre Steuern ordnungsgemäß abführen. Steueroasen
 34 sind Gerechtigkeitswüsten; hier versuchen sich einige
 35 ihrer Beiträge zur Gemeinschaft auf Kosten eben dieser
 36 zu entziehen.
 37 Nur wenn für jeden nachvollziehbar ist, wie sich
 38 multinationalen Konzernen die Erträge und gezahlten
 39 Steuern auf einzelne Volkswirtschaften verteilen, kann
 40 ein öffentlicher Druck entstehen, der dazu führt, dass
 41 Steuern auch wirklich dort gezahlt werden, wo Wert-
 42 schöpfung stattfindet. Die Praxis der Steuerminimie-
 43 rung durch grenzüberschreitende Gewinnverlagerung
 44 muss beendet werden.
 45 Die EU-Kommission stellt dazu fest, dass anhand der
 46 länderbezogenen Berichterstattung die Öffentlichkeit
 47 die Steuerstrategien der Unternehmen und ihren Bei-
 48 trag zum Wohlstand beurteilen kann; somit ist diese
 49 transparente Darstellung der Erträge und Steuern abso-
 50 lut notwendig.
 51 ver.di sagt dazu: „Öffentliche länderbezogene Bericht-
 52 erstattung wird Beschäftigten und ihren Interessenver-
 53 tretungen wichtige Informationen zur wirtschaftlichen
 54 Lage ihres Unternehmens an die Hand geben, so dass
 55 sie besser Herausforderungen in einem konstruktiven
 56 Dialog mit der Unternehmensleitung vorhersehen und

Annahme in der Fassung der Antragskommission

**Öffentliche länderbezogene Rechnungslegung (pu-
 blic country by country reporting)**
 Wir fordern eine globale, umfassende, vergleichbare, öf-
 fentliche länderbezogene Rechnungslegung der Unter-
 nehmen in allen Ländern. Auf diese Weise kann sichtbar
 gemacht werden, welche Gewinne Konzerne in den Län-
 dern erwirtschaften und wie viel Steuern sie zahlen.

1 bewältigen können. Diese Rechte für Information und
 2 Konsultation – in Deutschland zusätzlich auch mit Mit-
 3 bestimmungsrechten verknüpft – sind ein Eckpfeiler
 4 des europäischen sozialen Modells, das in der Charta
 5 der Grundrechte der Europäischen Union verankert ist.“
 6 Emnid ermittelt schon Mitte 2016 in einer repräsentati-
 7 ven Umfrage, was die Bundesbürger/innen zum Thema
 8 Unternehmensbesteuerung denken. Sie sprachen sich
 9 zu 83 Prozent dafür aus, internationale Konzerne zu ver-
 10 pflichten, offenzulegen, wo sie ihre Gewinne erzielen
 11 und welche Steuern sie darauf bezahlen. 85 Prozent der
 12 Befragten finden darüber hinaus, dass Unternehmen
 13 daran gehindert werden sollten, Gewinne in Steuerroa-
 14 sen zu verschieben.

15 Aus Bundesrats- Drucksache 176/1/16: „Eine öffentliche
 16 länderbezogene Berichterstattung kann ein wirkungs-
 17 volles Instrument darstellen, um Gewinnverkürzungen
 18 und -verlagerungen zu bekämpfen. [...] Das Vertrauen
 19 der Öffentlichkeit in die Transparenz und Fairness der
 20 Steuersysteme kann dadurch weiter gestärkt werden.“
 21 im März 2017 soll das Gesetz zum Bund-Länder-
 22 Finanzausgleich verabschiedet werden. Ein Teil dieses
 23 Gesetzes betrifft die Einrichtung einer Verkehrsinfra-
 24 strukturgesellschaft. Durch diese Verkehrsinfrastruk-
 25 turgesellschaft würde eine weitgehende Privatisierung
 26 des Autobahnbaus (und des Autobahnbetriebs!) er-
 27 möglicht. Dies gilt es zu verhindern! Ich/wir bitte/n dich
 28 daher, dem Vorhaben nicht zuzustimmen.

29 Der Bundesrechnungshof und auch Rechtsgutachten
 30 bestätigen, dass zwar die neue Gesellschaft per Grund-
 31 gesetz unveräußerlich sein soll, aber damit wird nur
 32 ein kleiner Teil der möglichen Privatisierungen verhin-
 33 dert. Private Anleger können einzelne Unternehmens-
 34 teile, Anleihen, Genussscheine, stille Beteiligungen und
 35 ÖPP-Verträge kaufen.

36 Private Anleger könnten sogar die Möglichkeit bekom-
 37 men, Einfluss auf die Höhe der Maut für Lkws und Pkws
 38 zu nehmen. Verhältnisse wie in Frankreich, wo ja heftig
 39 abkassiert wird, sind nicht ausgeschlossen. Der Bundes-
 40 rechnungshof schreibt dazu: „Das staatliche Monopol
 41 würde auf Private übergehen.“

42 Das Projekt ist darauf ausgelegt, privatem Kapital den
 43 Zugang zum Autobahnbau zu ermöglichen. Denn Alli-
 44 anz, Ergo und Co. haben durch die Niedrigzinsphase ein
 45 großes Problem. Das würde durch dieses Vorhaben ge-
 46 löst: hochverzinsten Anlageformen in Projekten, für die
 47 letztlich immer der Staat haftet!

48 Das lässt sich auch mit einer Anstalt des öffentlichen
 49 Rechts nicht verhindern, und auch nicht mit weite-
 50 ren Veräußerungsverboten. Der Bundesrechnungshof
 51 schätzt bspw., dass 11.000 bis 12.000 Beschäftigte benö-
 52 tigt werden, um den übertragenen Aufgaben gerecht zu
 53 werden. Die Bundesregierung selbst geht nur von 1.300
 54 Beschäftigten aus – und genau deswegen soll erlaubt
 55 werden, „Aufgaben an Dritte zu übertragen“.

56 Privatisierung ist also notwendig, um bei der neuen In-
 57 frastrukturgesellschaft ein Chaos zu verhindern.

58 Die Länder werden diese Privatisierung nicht verhin-
 59 dern: Sie bekommen aus dem Gesamtpaket 9,75 Milli-

- 1 arden Euro jährlich vom Bund, und für die Kommunen
2 ist ein 3,5-Milliarden-Euro-Finanzhilfepaket enthalten.

3 **W-04**

4 **AfA SPD-Bezirk Hannover**

5

6 **Daseinsvorsorge – keine Privatisierung der Autobahnen**

7 Die SPD verhindert die Privatisierung der Autobahnen –
8 einschließlich Neubau und Betrieb.

9 Die SPD lehnt die Privatisierung der Autobahnen in je-
10 der Form ab und fordert deshalb Bundestag und -rat
11 auf, eine Privatisierung bzw. eine Überführung der Au-
12 tobahnen in eine private Rechtsform zu verhindern und
13 damit der Aufgabe der Daseinsvorsorge eines hand-
14 lungsfähigen Staates nachzukommen.

15 Die Gründung der Infrastrukturgesellschaft darf nicht
16 für die Privatisierung der Autobahnen – einschließlich
17 Neubau und Betrieb – genutzt werden.

18

Annahme

19 **W-05**

20 **AfA SPD-Bezirk Hannover**

21

22 **Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)**

23 Die SPD setzt sich für einen starken, handlungsfähigen
24 Staat ein, der seinen Verpflichtungen gegenüber
25 der Daseinsvorsorge nachkommt und schließt damit
26 Öffentlich-Private-Partnerschaften aus.

27

28 **Begründung**

29 Die Investitionslücke mit privatem Kapital zu schließen
30 ist der falsche Weg. Öffentliche Investitionen sol-
31 len bei geringem Mitteleinsatz die Bedürfnisse der
32 Bürger*innen decken, während die Banken und Ver-
33 sicherungen hingegen möglichst hohe Gewinne
34 erwirtschaften wollen, um ihren Aktionär*innen Re-
35 chenschaft ablegen zu können. Dieser Konflikt kann
36 mit ÖPP nicht aufgelöst werden, was der Bundesrech-
37 nungshof wegen der hohen Kosten von ÖPP bereits
38 angemahnt hat. Die Zeche zahlt der Steuerzahler, ohne
39 es zu merken, da der Haushalt dank Schuldenbremse
40 immer mit der schwarzen Null abschließt.

41

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)

Die SPD setzt sich für einen starken, handlungsfähigen Staat ein, der seinen Verpflichtungen gegenüber der Daseinsvorsorge nachkommt. Die Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur soll vorrangig auch rein öffentlich erfolgen. Dort, wo privates Kapital zum Tragen kommt, muss sichergestellt sein, dass die Vertragsbedingungen vollständig veröffentlicht werden, der öffentliche Aufgabenträger jederzeit allein entscheidungsfähig bleibt und zudem die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme nicht nur kurz-, sondern langfristig gewährleistet bleibt – nur unter diesen Bedingungen können ÖPPs möglich sein.

Hinweis der Antragskommission:

Die pauschale Ablehnung jedweder ÖPPs greift zu kurz. Beispielsweise können so genannte Investoren-Modelle, d.h. der Bau aus privater Hand und anschließend vollständige Übernahme in öffentliche Hand, nützlich sein. Kritisch sind hingegen vor allem Sale-and-Lease-Back-Modelle oder vergleichbare Mietmodelle.

1 **W-06**

2 **AfA SPD-Bezirk Hannover**

3

4 **Aufgaben aus der kommenden E-Mobilität auf kommunaler Ebene**

5
6 Um die E-Mobilität zu fördern – und das ist nicht nur
7 ein Umwelt-, sondern durch die bestehende Gesetzgebung
8 auch ein industriepolitisches Ziel – müssen gerade
9 in den dichtbesiedelten Gebieten kurzfristig und jeweils
10 nachfrageorientiert Parkplätze mit Ladesäulen nur für
11 E-Fahrzeuge geschaffen werden. Dabei muss sichergestellt
12 werden, dass dort andere Fahrzeuge nicht stehen dürfen.
13

14 Der Bezirk soll vorantreiben, ggf. im Land und im Bund,
15 die notwendigen gesetzlichen Möglichkeiten zu schaffen,
16 damit Kommunen diese Plätze anbieten. Und er soll die
17 Kommunen im Bezirk unterstützen, das auch zu tun.
18

19 **Begründung**

20 Durch bestehende Gesetzgebung, ist es für die deutsche
21 Automobilindustrie unumgänglich im immer größeren
22 Umfang Null-Emissionsfahrzeuge zu verkaufen. Auch die
23 Kommunen haben ein – mindestens durch die EU-Gesetzgebung
24 begründetes – Interesse, Emissionen aus den Innenstädten
25 fernzuhalten. Sowohl CarSharing-Anbieter im Free-Floating-
26 Verfahren, als auch Privatpersonen müssen die Möglichkeit
27 bekommen, sehr Wohnraumnah E-Fahrzeuge abzustellen
28 und dabei aufzuladen, damit der Betrieb von solchen
29 Fahrzeugen für sie überhaupt in Frage kommt.
30

Annahme